

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 10.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 8. März 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uden, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

„Schutz der Arbeitswilligen“ und „Verbot des Streikpostenstehens“.

(Ein Rückblick auf die letzten diesbezüglichen Vorgänge.)

Diese alte Seeschlange wurde gelegentlich der Einbringung einer konservativen Resolution, die ein Verbot des Streikpostenstehens verlangte, in ihrer ganzen Länge, sowohl in den Parlamenten als auch in der Presse, wieder aufgerollt. Die Resolution der Konservativen, die Graf Westarp begründete, wurde erfreulicherweise vom Reichstage mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Staatssekretär Delbrück, dem man beim besten Willen nicht Einseitigkeit zugunsten der Arbeitnehmer nachsagen kann, erklärte sich ebenfalls in bestimmter Form gegen ein Verbot des Streikpostenstehens. Er führte aus, daß nur der geringste Teil des „Terrorismus an Arbeitswilligen“ von den Streikposten ausgeht, auch sei es äußerst schwierig, eine juristische Definition des Streikpostenstehens zu erhalten.

„Um Ausschreitungen der Streikposten und Ausschreitungen bei Gelegenheit eines Streiks zu begegnen, genügen die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen. Das bestätigen die Erfahrungen im Ruhrrevier.“

Während er so einerseits die konservative Resolution namens der Regierung ablehnte, kündigte er jedoch andererseits „eine systematische Verringerung unserer strafrechtlichen Bestimmungen, welche eine völlige Beseitigung der Befähigung der Arbeitswilligen bringen sollen“, an. Da liegt der Hase im Pfeffer! Gewiß, die nicht gerade von Sachkenntnis getriebenen Ausführungen und die Resolution der Konservativen, die sich diesmal als

Mundstück der Scharfmacher alten Stils

mißbrauchen ließen; schüttelten die Regierung sowohl wie auch die übrigen Parteien des Reichstages ab. Deswegen aber hat die gesamte Arbeiterschaft, besonders aber die christlich-nationale Arbeiterschaft, keinerlei Ursache, sich wegen des Koalitionsrechtes in Sicherheit zu wiegen. Sowohl die Regierung als auch die Scharfmacher neueren Stils planen, darüber braucht heute niemand im Zweifel zu sein, neue Beschränkungen des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft, trotzdem das jetzige Koalitionsrecht keineswegs als frei und den berechtigten Interessen der Arbeiter entsprechend bezeichnet werden kann. Der § 153 der Gewerbeordnung, der sich ohne weiteres als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter richtet, besteht noch zu Recht. Die Unternehmer können nach wie vor ungestraft die Arbeiter mit allen möglichen Mitteln von den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fernhalten. Gegen sie schreitet kein Staatsanwalt ein, denn der § 153 richtet sich nur gegen den Koalitionszwang der Arbeiter. Die Unterbindung des Koalitionsrechtes durch scharfmacherische Unternehmer bleibt nach wie vor straflos.

Trotzdem sind in den letzten Jahren außerordentlich viele und einflußreiche Kreise, die sonst durchaus nicht immer konform miteinander gehen, gegenüber der Arbeiterschaft darin einig, daß die Vergehen, die bei Streiks und Aussperrungen vorkommen, noch schärfer geahndet werden sollen. Der freikonservative Herr von Kardorff meinte, die Sozialdemokratie müßte

mit den Nachtmitteln des Staates bekämpft

werden, denn sie sei keine geistige Bewegung. Darum müßten auch die Streikvergehen noch schmerzlicher bestraft werden. Die über 2000 Bestrafungen während und nach dem Bergarbeiterstreik zeigten höchstens, daß die Strafen nicht ausreichten.

Wenn wir auch der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie wahrhaftig nicht freundlich gegenüberstehen und uns des öfteren gegen ihren

Terror wehren müssen, so kann man ihr doch im Ernst nicht die Bezeichnung als geistige Bewegung absprechen.

Geistige Bewegungen aber, die so tief ins Volk eingedrungen sind, kann man nicht mit „Nachtmitteln des Staates“, sondern nur durch eine geist- und kraftvolle Gegenbewegung, wie sie die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung darstellt, bannen. Diese würde man aber zweifellos mitreffen, wenn die Strafgesetzgebung noch weiter einseitig zugunsten der Arbeiter bei wirtschaftlichen Arbeitskämpfen verschärft werden sollte; denn auch die christlich-nationalen Organisationen können die gewerkschaftlichen Hilfsmittel, wie Streikpostenstehen, Beeinflussung der Streikbrecher, Boykott usw., nicht entbehren. Ohne diese bis jetzt erlaubten Mittel wäre das Koalitionsrecht eine Farce.

Wessen sich die gesamte aufrechte Arbeiterschaft von den gesetzlichen Vertretungen der Unternehmer, wie Handels- und Handwerkskammern, zu versehen hat, geht daraus hervor, daß von 60 von Herrn von Westarp befragten Handelskammern 41 neue gesetzliche Maßnahmen gegen die Arbeiter verlangten; 12 sprachen sich für schärfere Anwendung der bestehenden Bestimmungen aus, 4 hatten noch keine „genügenden Erfahrungen“ gesammelt, und nur 3 Handelskammern waren mit dem schon jetzt sehr weitgehenden Schutz der Streikbrecher zufrieden. Selbstverständlich fehlte die reaktionäre Stimme der Handwerkskammern nicht. Der deutsche Handwerkskammertag sprach sich ebenfalls für einen noch besseren Schutz der Streikbrecher aus.

Es wurden aber auch Stimmen aus dem Lager der Intellektuellen laut, die sich während der öffentlichen Erörterungen über ein eventuelles Verbot des Streikpostenstehens auf Seiten der Arbeiter stellten.

Der frühere bayerische Staatsminister von Landmann,

eine gewiß nicht parteiische, aber sachmännische Person, schreibt in Nr. 2 der „Deutschen Juristenzeitung“ u. a. folgendes:

„Man wird vielmehr davon ausgehen müssen, daß bei den wirtschaftlichen Kämpfen, und zwar insbesondere bei den Kämpfen im Gewerbe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Ueberwachung des Gegners ein berechtigtes und insofern auch ein notwendiges Kampfmittel ist, als diese Ueberwachung den streikenden Teilen ermöglicht, leichter zu beurteilen, wo der Kampf erfolgreich sein wird, oder ob er aussichtslos ist und daher eingestellt werden muß. Wer bei deutschen Arbeitern das Streikpostenstehen verbieten will, nimmt damit Partei für die Arbeitgeber. Die Gerechtigkeit würde es erfordern, daß den Arbeitgebern auch die Kontrollierung der von ihnen verfügten Aussperrungen bei Strafe verboten wird. Wie der Gewerbeverein eine von ihm über die Gewerbe oder einen Betrieb verhängte Arbeitsperre durch die Streikposten kontrollieren läßt, so kontrollieren die Arbeiter gegenseitig die Nichteinstellung ausgesperrter Arbeiter oder von „Organisierten“ durch schwarze Listen, durch Arbeitsnachweise und Verhandlungswanderbücher. Auch die von den Arbeitgebern ausgesperrten Arbeiter sind „Arbeitswillige“, die durch solche arbeitgeberische Maßnahmen, durch welche ihnen die Wiedererlangung von Beschäftigung erschwert wird, ebenso bestraft werden wie die Arbeitswilligen, die bei einem Streik nicht mittun wollen, durch die Streikposten.“

Am Schlusse seiner Abhandlung meint der hervorragende Jurist:

„Den besten Schutz genießen Arbeitswillige freilich dann, wenn Streiks und Aussperrungen überhaupt vermieden werden. Hierüber zu schreiben, würde zu weit führen. Das wirksamste Mittel, um den gewerblichen Frieden zu erhalten, dürfte sein, wenn Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in jedem Gewerbe sich so zum Kampf rüsten, daß keiner von beiden Seiten mutwillig einen Streik vom Zaune zu brechen wagen wird.“

Auch der

Syndikus des „Bundes der Industriellen“,

Dr. Stapff, lehnt im Gegensatz zu seinen Kollegen im „Zentralverband deutscher Industriellen“ ein Verbot des Streikpostenstehens ab. Allerdings aus anderen Motiven heraus, als Herr von Landmann es tut. Die konservative Resolution ist ihm nicht

tiefgehend genug. Zudem befürchtet er durch ein Verbot des Streikpostenstehens auch ein Verbot der „schwarzen Listen“, der „planmäßigen Ueberwachung“ von Betrieben, der „Kontrolle der Mindestpreise und Lieferungsbedingungen“, wie sie die Unternehmerorganisationen organisiert haben. Geschehen müsse aber unbedingt etwas, und man muß es dem Syndikus Dr. Stapff lassen, er will gleich die ganze Arbeit getan wissen. Seine Vorschläge gipfeln in folgenden Forderungen:

1. Die Polizeiorgane und die Polizei sollen angewiesen werden, „zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Bequemlichkeit des Verkehrs und der öffentlichen Ordnung“ die Streikposten wegzuweisen.

2. Die Streikjustiz müßte möglichst auf der Stelle in Funktion treten.

3. Der Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung müßte beseitigt werden und den gewerblichen Arbeiterberufsvereinen die Rechtsfähigkeit in dem Sinne gegeben werden, daß sie mit ihrem Vermögen für die Tätigkeit ihrer Beamten und Mitglieder haften.

4. Verlangt der Herr Syndikus, daß bei der bevorstehenden Reform der Strafprozessordnung der sogenannte Nötigungsparagraph verschärft werde, damit die Willensfreiheit des Einzelnen, sein Recht auf ungehinderte Berufsausübung und seine persönliche Unverletzlichkeit bei der Arbeit sichergestellt sei.

Er erhebt diese Forderung in Nr. 2 seines Organs, der „Deutschen Industrie“, namens des — Liberalismus. Die „Kölnische Zeitung“ tritt seinen Forderungen in einem längeren Artikel in ihrer Nr. 89 ds. Jrs. bei. Ebenso sprach sich Herr Dr. Friedberg, der national-liberale Führer im preußischen Abgeordnetenhaus, zugunsten einer Haftbarmachung der Arbeiterorganisationen mit ihrem Vermögen für die Handlungen ihrer Beamten und Mitglieder aus.

Natürlich fehlten als Kronzeugen und willenlose Werkzeuge der Unternehmer bei dieser Gelegenheit

die „gelben Arbeiterorganisationen“

nicht. Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ wandte sich eigens durch seinen Geschäftsführer in einem langen Schreiben an den Abgeordneten Wasser-mann, um ihn und seine Partei für die Streikpostenverbot-Resolution zu gewinnen, was ihm allerdings nicht gelang. Wie immer, so zeigte sich auch hier wieder der wahre Charakter der gelben Unternehmer-schutztruppen.

Zu den Vorschlägen des Syndikus Dr. Stapff sei bemerkt, daß die christlichen Arbeiter von dem Rechte des Streikpostenstehens nicht ablassen werden, auch wenn einzelne Unternehmer die Polizei gegen die Streikposten aufheben sollten, da sie eben nicht „Ruhe, Ruhe und Ordnung“ stören. Sollten sie trotzdem fortgewiesen werden, so erfolgt totschick jedesmal telegraphische Beschwerde bei der nächst vorgesehnen Behörde der Polizei. Für eine Rechtsfähigkeit der Berufsvereine im Sinne der obigen Vorschläge haben die christlich-nationalen Arbeiter kein Verständnis. Sie werden durch ihre Vertreter dafür sorgen, daß eine Aktionsbehinderung oder Einschränkung der Gewerkschaften, wie Dr. Stapff und andere es gern sähen, hintertrieben wird.

auf eine solche „Rechtsfähigkeit“ verzichten die Arbeiterberufsvereine.

Mit der Forderung, den Nötigungsparagraphen bei der jetzigen Revision der Strafprozessordnung zu verschärfen, will man seitens der Unternehmer auf Umwegen und möglichst unauffällig einen weiteren Ausnahmeparagraphen, außer dem § 153 G.-O., gegen die Arbeiter schaffen.

Leider scheint die Regierung dem Drängen der Scharfmacher nachgeben zu wollen, die oben genannten Neuerungen des Staatssekretärs Delbrück lassen darauf schließen.

Die christlichen Arbeiter wünschen keinen zweiten Ausnahmeartikel, im Gegenteil, sie fordern die Aufhebung des § 158 der Gewerbeordnung oder aber zum mindesten seine Unverbindlichkeit und Ausdehnung auch auf Koalitionsrechtsbedrohler aus den Kreisen der Unternehmer.

Schon die jetzige Streikjustiz arbeitet nicht nur sehr schnell, sondern sie verhängt oft Urteile, die das Rechtsempfinden des einfachen Mannes schwer beleidigen. Für jedes kleine Streikvergehen, das unter andern Umständen vielleicht mit 10 M. Geldstrafe geahndet würde, erfolgt durchweg Erkennung auf Gefängnisstrafen. Allein für den Zuruf des Wortes „Streibreaker“ wurde z. B. in letzter Zeit bei Streiks von den Gerichten auf vier Wochen Gefängnis als „ausreichende Sühne“ erkannt!

Aus den Vorgängen der letzten Zeit lernen wir, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft und ihre Vertreter jetzt jegliche Ursache haben, die Augen offen zu halten. Letzten Endes sind alle diese Bestrebungen eines gewissen Teiles des Bürgertums und der feudalen Herren nichts anderes als Maßnahmen zur Unterdrückung und Niederhaltung der gesamten Arbeiterschaft, auch der christlich-nationalen, die um die wirtschaftliche Emanzipation und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit Erfolg kämpft. Zu diesen Maßnahmen werden die christlich-nationalen Arbeiter niemals die Hand bieten.

Hornberger Schießübungen.

IV.

Recht unwahrscheinlich sprangen die Führer des „deutschen“ Verbandes auch mit der Arbeiterschaft um bei der Bewegung in

Forst 1910.

Sie handelte es sich um eine Bewegung der Spinnereiarbeiter. Ueber deren Lage zeichnete der Forster Lokalbeamte des „deutschen“ Verbandes in der sozialdemokratischen „Märkischen Volksstimme“ nachstehendes düstere Bild:

„Gerade in diesen Branchen sind die meisten Uebelstände und schlechtesten Löhne vorhanden. ... Jahrzehntlang haben die Spinner, Krempeler, Ruder usw. ruhig dem Vorgehen der Unternehmer zugehört, immer härter wurden sie angefaßt, immer intensiver gestraft, die Arbeitsleistung, ohne daß sie auch nur etwas mehr Lohn erhielten. ... Die Unternehmer brachten es fertig, das Los der Arbeiter noch mehr zu verschlechtern durch Lohnabzüge und durch schlechte Behandlung. ...“

Das Streben dieser Arbeiterschaft nach einer Verbesserung ihrer traurigen Lage war darum ganz berechtigt. Die Lohnbewegung wurde indes von den Führern des „deutschen“ Verbandes vollständig verpöchtelt. Zunächst schloß man unsern Verband von der Bewegung aus. Damit war die Einigkeit der Arbeiter zerstört. Dann trieben die erwähnten Führer eine systematische Verschleppungspolitik. Deren Tatart mußte den Unternehmern die Ueberzeugung beibringen, daß es dem „deutschen“ Verbands um eine wirklich ernste Durchführung der Bewegung nicht zu tun sei. Das traf auch zu. Trotzdem wurden die Leidenschaften der Masse aufgeschürt und die Arbeiter in ein richtiges Kampffieber hineingetrieben. Am 4. Sept. 1910, vor Einreichung der Kündigung, schrieb die „Märkische Volksstimme“:

„Aus all dem ist zu ersehen, daß die Unternehmerschaft sich um die Lohnforderungen herandrücken möchte. Wir wollen uns erinnern, daß es durch Kampf zum Siege geht. Wir haben alles versucht und können nicht länger zurückhalten. Es ist aber auch jedem Arbeiter, der noch nicht organisiert ist, nahegelegt worden, sich dem Verbands anzuschließen. Im Falle eines großen Kampfes wird genau nach den Statuten gehandelt werden.“

Einige Tage später reichten die Arbeiter in einigen Betrieben die Kündigung ein. Am 17. Sept. verlangten die Arbeitgeber die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, widrigenfalls die Aussperrung erfolgen sollte. Die Arbeiter aber beschloßen, den Kampf fortzusetzen. Am 25. Sept. noch, also kurz vor der Aussperrung, wurden die Arbeiter durch die „Märkische Volksstimme“ in ihrem Glauben, der Kampf werde durchgeführt, bestärkt. Das sozialdemokratische Blatt schrieb:

„Auf, rüffet Euch! damit Ihr geschlossen dastehet, wie ein Mann, wenn der Arbeitgeberverband seine Drohung wahr zu machen wagen sollte. Ihr könnt mit Ruhe dem Kampfe entgegensehen. Denn alle Welt muß Euch zusehen. Die Schuld trägt allein der Arbeitgeberverband!“

Am 29. Sept. aber erschienen der Zentralvorstand Herr Hübsch und der Bezirksleiter Kogur und verlangten bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Ein Bliz aus heiterem Himmel hätte nicht niederschmetternder wirken können wie diese Wendung der Dinge. Ein Sturm der Entrüstung erfaßte die Arbeiterschaft. Diese, leidenschaftlich ergrimmt, beschloß entgegen der Parole ihrer Führer, die Weiterführung des Kampfes.

Mittlerweile begannen die Unternehmer mit der Aussperrung. Am 2. Okt. fand erneut eine Streikversammlung statt unter Ausschluß aller jener, die nicht

dem „deutschen“ Verbands angehörten. Auch hier kam es zu stürmischen Ausbrüchen gegen die Verbandsleitung. Man forderte die Entfernung des Bezirksleiters und des Lokalbeamten. Selbst der Gedanke der Gründung eines Lokalverbandes fand starken Beifall. Die Zentralbeamten wurden in ihren Ausführungen durch die heftigsten Zwischenrufe unterbrochen, was schließlich den Genossen Sädel vom Zentralvorstand zu der Aeußerung hinriß, einer solchen beschämenden Versammlung habe er noch niemals beigewohnt. Erst am darauffolgenden Tage konnte in einer nur noch schwach besuchten Versammlung die Beendigung des Kampfes beschlossen werden. So nahm letzterer einen recht unruhlichen Abschluß.

Neumünster 1912.

Im Frühjahr 1911 schon leitete der „deutsche“ Verband in Neumünster eine Tarifbewegung ein. Es sollte ein Mindestlohntarif erstrebt werden. Nach Erledigung der umfangreichen Vorarbeiten wurde der vom „Tarifamt“ des „deutschen“ Verbandes begutachtete Tarif im Februar 1912 dem Fabrikantenverein unterbreitet. Die Ansichten der Bewegung waren günstig. Die Arbeiterschaft stand geschlossen da, beide Organisationen gingen gemeinsam vor. Die Konjunktur war gut, ebenso die Organisationsverhältnisse. Die Weber waren zu 90 bis 95 Prozent organisiert. Der Vertreter des „deutschen“ Verbandes, Kogur, ließ auch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es diesem mit der Durchführung der Bewegung ernst sei. So betonte er in einer großen Versammlung:

„Die Fabrikanten dürfen nicht glauben, durch einen Federstich unsere ganze Tarifbewegung aus der Welt geschafft zu haben. ... Wer Wind säet, wird Sturm ernten. ... Wir verfügen über große Kassen und können einen Kampf recht lange aushalten. ... Allerz Groll, der sich in Jahrzehnten in den Herzen der Textilarbeiter angesammelt hat, wird sich mit elementarer Gewalt Luft machen.“

Die Arbeitgeber weigerten sich, mit den Gewerkschaften über die Tariffrage zu verhandeln. Die Arbeiter sollten betriebsweise ihre Forderungen vorbringen. Statt nun die Einigkeit der Bewegung zu erhalten, ließ es Kogur ruhig zu, daß die Arbeiter in einigen Betrieben den Tarif fallen ließen und einfach kleinere Lohn-erhöhungen oder sonstige Zugeständnisse verlangten. Das mußte schon Verwirrung schaffen.

Einer der letztgenannten Betriebe war die Firma Gebr. Hansen-Brachsenfeld. Diese war zu Zugeständnissen bereit, wenn die Arbeiter allgemein auf den Lohnverzicht verzichteten. Das lehnte Kogur ab. Seine Haltung war also nach dem Vorerwähnten recht widerspruchsvoll. Da nunmehr Zugeständnisse nicht gemacht wurden, beschloßen die Arbeiter dieses Betriebes, am Tarif festzuhalten und im Falle der Nichtanerkennung in den Streik zu treten. Der Vertreter des „deutschen“ Verbandes billigte den Beschluß. Schon vor der Versammlung hatte er dem Vertreter unseres Verbandes auf dessen Anfrage wegen der Streikgenehmigung geantwortet: „Für den Deutschen Verband komme ich auf.“

Es kam zum Streik. Der Betrieb ruhte fast vollständig. Die Stimmung der Arbeiterschaft war ausgezeichnet. Man erhoffte nun allgemein einen glücklichen Ausgang der Tarifbewegung. Doch — das Verhängnis nahte bald und zwar in der Person des Herrn Hübsch-Berlin. Der veranlaßte zunächst die führenden Kollegen, den Tarif fallen zu lassen. Daraufhin stützende Verhandlungen mit der Firma Gebr. Hansen-Brachsenfeld führten trotzdem nicht zu einem befriedigenden Erfolge. Verschiedene Arbeiter der Belegschaft verlangten in der festungszehrenden Versammlung, man solle am Tarif festhalten. Kogur, der die Tarifbewegung inszeniert hatte, war seit Hübschs Anwesenheit wie umgewandelt. Für ihn war der Tarif auf einmal ohne Bedeutung, ein altes Stück Papier, ohne Macht. Ein Mitglied rief ihm deswegen boshaft zu, seit Hübsch a wäre, habe Kogur sich gedreht wie ein Windmühlensflügel. Auch Hübsch bemähte sich, die Arbeiter vom Tarifgedanken abzubringen. Das führte zu stürmischen Zwischenfällen. Ein Mitglied der „Deutschen“ erklärte, er habe früher in Grimmitzschau, in Cottbus und in Forst i. L. gearbeitet. „Bei jeder Bewegung ist Hübsch gekommen und hat dieselbe abgewürgt. Jetzt bin ich schon ein Jahr in Neumünster, seit acht Monaten arbeite ich mit an dem Tarifvertrag, und am ersten Streiktage erscheint Herr Hübsch und schlägt uns den Tarif in Trümmer.“ Er bezeichnete dieses geradezu als Verrat. Die Beamten des „deutschen“ Verbandes, Hübsch und Kogur, konnten nur unter fortwährenden heftigen Unterbrechungen reden. Als Kogur meinte, man betrage sich ja, als wenn man verraten wäre, rief man wiepfannig: „Sind wir auch, wir treten aus dem Verband. Wir sind verraten und verkauft. Wozu brauchen wir denn einen Verband“ usw. Schließlich beschloßen die Arbeiter, weiter zu streiken.

Die Unternehmer sperrten nun 60—70 Prozent der organisierten Arbeiter aus. Sie behielten so viel Arbeiter zurück, als sie zur Fertigung der notwendigen Arbeiten brauchten. Der „deutsche“ Verband ließ das ruhig

geschehen; ja, man zwang anfänglich sogar die eigenen Mitglieder, auf den Webstühlen ihrer ausgesperrten Kollegen zu arbeiten. Auch sonst geschah alles, um die Arbeiter zu entmutigen: In den schwärzesten Farben malte man ihnen die Folgen der Bewegung an die Wand; sowohl der „Textilarbeiter“ als auch das örtliche sozialdemokratische Parteiblatt blieben merkwürdig still. Wegen der Herausgabe eines Flugblattes befragt, meinte der Bezirksleiter: Es sei nicht so leicht, in einer solchen Situation ein Flugblatt zu schreiben, das dauere Tage, Wochen. Verständnissinnig rief man ihm aus der Versammlung zu: Monate. In allen Versammlungen erklärten die Führer des „deutschen“ Verbandes den Arbeitern, sie wären mit der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit einverstanden.

Das mußte naturgemäß den Zusammenbruch der Bewegung herbeiführen. Eine stürmisch verlaufene Versammlung beschloß denn auch, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Ueber die unter der Arbeiterschaft herrschende Stimmung wurde uns damals wie folgt berichtet:

„Man muß die vor Wut knirschenden Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes gesehen haben, um all den Groll zu begreifen, den die Organisation durch ihre Führer auf sie geladen hatte. Mit eigenen Augen haben wir gesehen, wie die Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Hübsch, Döbler und Kogur, von ihren eigenen Verbandsmitgliedern bedroht, und wie vor ihnen ausgespuckt wurde.“

Damit war die Bewegung am Ende. Daß sie einen rühmlichen Abschluß gefunden habe, wird selbst der „Textilarbeiter“ nicht behaupten wollen. Nachträglich fand denn auch das rätselhafte Verhalten der Führer des „deutschen“ Verbandes seine Lösung. In einer Vertrauensmännerziehung mußte der Zentralvorstand des „deutschen“ Verbandes, Herr Hübsch, zugeben, daß der Streik bei der Firma Gebr. Hansen-Brachsenfeld ohne Genehmigung des Zentralvorstandes ausgebrochen sei. Auch hier hat also das unverantwortliche Treiben eines sozialdemokratischen Verbandsbeamten der Arbeiterschaft eine schwere und dazu noch recht blamable Niederlage gebracht. Keiner der Führer aber hatte den Mut, der Arbeiterschaft reinen Wein einzuschütten. Ein derartiges Vorgehen charakterisiert sich von selbst. Angesichts dessen ist es auch begreiflich, daß eine zu 90 Prozent von Mitgliedern des „deutschen“ Verbandes besuchte Versammlung das korrekte Vorgehen unseres Verbandes anerkannte, das Verhalten des „deutschen“ Verbandes wie auch der sozialdemokratischen Verbandsbeamten aber entschieden verurteilte. Dieses Mißtrauensvotum gegen den sozialdemokratischen Verband ist um so beachtenswerter, als Verbandsbeamte an der Versammlung nicht teilnahmen und unsere Mitglieder sich der Abstimmung enthielten. (Fortf. folgt.)

Weberelend, „Berliner“ und Bürgermeister.

In der südlichsten Ecke der Provinz Schlesien, an der Grenze der Kreise Leobschütz und Ratibor, liegt das Weberstädtchen Ratibor. Mit dem daranhängenden Langenau zählt es rund 8000 Einwohner, die ihren Erwerb zum allergrößten Teil als Weber nachgehen. Die Handweberei, obwohl stark zurückgegangen, beschäftigt immer noch über 1000 Personen, zum Teil ganze Familien. Außerdem sind in den letzten Jahren einige Webereien entstanden, von denen einige Zweiggeschäfte Berliner Firmen sind. Während vor einigen Jahrzehnten, namentlich, als die große Leinen- und Damastweberei S. Fränkel in Neustadt N.-S. noch nicht in ihrem jetzigen Umfange existierte, die Weber von Ratibor vorwiegend Leinenwaren auf Rechnung der Firma S. Fränkel anfertigten, beschäftigen sie sich jetzt vorzugsweise mit der Herstellung von Krimmer, Blüsch, Teppichen, und auch Sobelins. Vielfach werden diese Artikel von sogenannten „türkischen“ Händlern im Hausierhandel abgelehrt.

Die wenigsten Käufer haben wohl eine Ahnung von den Hungerlöhnen, die den hiesigen Webern für diese Arbeiten gezahlt werden. Durchschnittslöhne von 8, 9 Mark und selbst darunter pro Woche, sind gar keine große Seltenheit, auch für verheiratete Weber. Dazu müssen meist noch zwei Hilfskräfte sein und die schulpflichtigen Kinder müssen in der schulfreien Zeit fleißig mithelfen. Von diesem kärglichen Einkommen sollen nun vielfach noch Familien von 6—8 Köpfen unterhalten werden.

Wie das möglich ist, kann sich ein Fernstehender schlechterdings nicht enträtseln. Daß es da bei der anerkannten Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung trotzdem noch am Notwendigsten häufig fehlen muß, liegt auf der Hand. Die ausgemergelten Gestalten der Weber und die abgemagerten Gesichter der Frauen, die oft nicht wissen mögen, woher das Notwendigste nehmen und nicht fehlen, reden eine eindringliche Sprache.

Wie es möglich ist, daß sich derartige Zustände bis in unsere sonst recht fortgeschrittene Zeit erhalten konnten, wird mancher fragen? Nun, die Erklärung hat man bald, wenn man hört, daß Ratibor, wie überhaupt die ganzen Kreise Leobschütz und Ratibor, eine Domäne des Verbandes „Sitz Berlin“ sind. Hier durften

bisher nur nach den „allein richtigen Grundsätzen der „Berliner“ Fachabteilungen“ die wirtschaftlichen Interessen wahrgenommen werden. Selbstverständlich nur, soweit die Arbeiter in Betracht kommen. Mit allen Mitteln wurden andere Organisationen ferngehalten. Selbst die Sozialdemokraten, die sich ihre Agitation in den sogenannten „schwarzen Winkeln“ einen hübschen Wagen Geld kosten lassen, konnten bisher in Ratzeburg nicht festen Fuß fassen. Auch der christliche Bauhandwerkerverband, der in den letzten Jahren in Oberschlesien ganz bedeutende Fortschritte gemacht und die sozialdemokratischen Verbände, die zum Teil viele Jahre früher eingeführt wurden, schon überflügelt hat, konnte bisher in dieses Gebiet nicht recht eindringen. So konnte der Berliner Verband ungehindert „arbeiten“, unbehindert von „freien“ und christlichen Gewerkschaften, die sonst als die Hauptursache hingestellt werden, daß die katholischen Grundzüge im Wirtschaftsleben nicht zur Geltung kommen können.

Was ist nun mit diesem famosen sozialwirtschaftlichen System der Berliner Fachabteilungen erreicht worden? Nichts. — Doch halt, etwas. Eine große Bitterkeit und teilweise von Verzweiflung nicht weit entfernte Entmutigung hat sich der Arbeitererschaft bemächtigt. Auch die harmlosen Fachabteilungen wurden nur so lange empfohlen, als die darin organisierten Arbeiter nicht eine Aufbesserung der Löhne wünschten. Selbst Arbeiter, die fest den Glauben hatten, daß die katholischen Fachabteilungen die beste Organisationsform seien und daß sie durch die katholischen Fachabteilungen ihre wirtschaftlichen Interessen wirksam vertreten könnten, mußten erleben, daß sie als Sozialdemokraten verfahren wurden. Nur, weil sie eine Aufbesserung der Löhne anstrebten. So mußte es kommen, wie es nicht anders kommen konnte. Da den „Berlinern“ keine christlichen Gewerkschaften ins Gehege kamen, denen sie sonst in die Lohnbewegungen pfuschen können und von deren Bekämpfung sie sonst leben, mußte die ganze Fachabteilungsbewegung jämmerlich Fiasko machen. Keine fünf Mitglieder gehören der Fachabteilung mehr an und auch die letzten haben die Komödie, die mit ihren wirtschaftlichen Interessen getrieben wird, herzlich satt.

Um nun die hiesige Textilarbeitererschaft von der Notwendigkeit einer modernen Berufsorganisation zu überzeugen und sie mit den Grundsätzen, Bestrebungen und Erfolgen unseres Verbandes bekannt zu machen, hatte unser Beamte Jungnickel aus Neustadt O.-S. eine Anzahl Weber zu einer Textilarbeiterversammlung auf den 15. Februar eingeladen. Durch frühere Erfahrungen gewarnt, hatte er den Webern durch Zustellung der Einladungen durch die Post die Versammlung angezeigt und erst in letzter Stunde das Lokal bestimmt. Trotzdem hatte die Polizei am Mittag vor der Versammlung von einem Arbeitervereinsmitglied von dieser Kenntnis erhalten. Wie nicht anders in dieser Gegend zu erwarten war, setzte gleich die Hintertreibung der Versammlung ein.

Der Herr Bürgermeister in höchst eigener Person warnte in der nachmittags stattfindenden Quartalsversammlung der Weber-Zunft die Versammelten vor dem Besuch der Versammlung der christlichen Gewerkschaften. Sie sollten sich ja nicht überhebeln lassen, denn die Gewerkschaften seien garnicht notwendig. „Wenn die Fabrikanten mehr Lohn zahlen können, dann tun sie es freiwillig.“

So soll der Herr wörtlich ausgeführt haben. Mit unserem beschränkten Untertanenverständnis haben wir bisher immer geglaubt, daß es nicht zuletzt auch im Interesse der Kommune läge, wenn ihre Bevölkerung ihre wirtschaftlichen Interessen nach jeder Richtung hin wahrnimmt und sich zu diesem Zwecke auch zusammenschließt. Die Stadt Ratzeburg wird aber anscheinend nach anderen Grundsätzen geleitet. Der Herr Bürgermeister bemühte sich sodann unter Beihilfe eines Stadtrates, daß der Wirt ins Lokal nicht zur Verfügung stellen solle, da es doch „unangenehme Folgen“ haben könne. Er könne es ihm allerdings nicht verbieten, das Lokal herzugeben, aber er müßte die Versammlung doch überwachern lassen. Das genügte, und die Frau Wirtin hatte nichts eiligeres zu tun, als den Kollegen Jungnickel zu verständigen, daß unter keinen Umständen die Versammlung in ihrem Lokal stattfinden könne. Sie würden das Lokal schließen und niemanden hereinlassen. Tatsächlich ist das Lokal zeitweise zugeschlossen gewesen, trotzdem Kollege Jungnickel auf die Abhaltung der Versammlung in dem betreffenden Lokale verzichtet hatte. Zu allem Ueberflusse ließ der Herr Bürgermeister dem Kollegen Jungnickel durch einen Polizeiergeanten mitteilen, daß die Versammlung, weil unangemeldet, nicht stattfinden dürfe. Sollte es aber vielleicht in einem anderen Lokale versucht werden, dann diene es ihm zum Kenntnisnahme, daß die Polizeistricke Ordre hätte, bis 10 Uhr abends alle Lokale der Stadt zu revidieren, um eine etwaige Gewerkschaftsversammlung unmöglich zu machen. So, nun war Ratzeburg wieder einmal geret — tet und der Herr Bürgermeister nicht mehr zu sprechen.

Daß eine derartig falsche Anwendung des Vereinsgesetzes noch vorkommen kann, nachdem das Gesetz schon eine ganze Reihe von Jahren besteht, sollte man nicht für möglich halten. Aus der Einladung zur Versammlung, die auch von dem erwähnten Arbeitervereinsmitglied der Polizei zugestellt wurde, ging klipp und klar hervor, daß es eine Versammlung war, die unter keinen Umständen als öffentliche zu bezeichnen war. Wenn trotzdem der Herr Bürgermeister wie oben angegeben vorging, dann bleibt nur zweierlei übrig: Entweder er kennt das Gesetz nicht, — das wäre allerdings recht bedenklich für einen Mann in seiner Stellung; oder er kennt das Gesetz und handelt trotzdem nicht danach, was allerdings noch schlimmer wäre.

Was Kollege Jungnickel mit der Versammlung bezweckte, ist trotzdem erreicht worden. Nicht nur von den

eingeladenen Arbeitern kamen welche zu ihm, um sich auszusprechen und den Verband und seine Einrichtungen kennen zu lernen, sondern auch solche, die durch den Herrn Bürgermeister in der Quartalsitzung gehört hatten, daß ein Agitator des christlichen Textilarbeiterverbandes am Orte sei. So erwies sich auch das Denunziantenstückchen des Arbeitervereinsmitgliedes als ein Teil der Kraft, die Böses will und Gutes schafft.

„Unlauterer Wettbewerb“ und „Uebervorteilung der Verbraucher“ im Textilgewerbe.

Im vorigen Jahre hat das Rgl. Materialprüfungsamt in Berlin-Bichterfelde von mehreren Handelskammern Berichte darüber eingefordert, ob es nicht zweckmäßig und notwendig erweise, Normalien für Textilerzeugnisse einzuführen, die das Publikum vor Uebervorteilungen schützen und es einen gewissen Schutz bezüglich der Qualität der Erzeugnisse bieten könnten. Die Handelskammern haben die Zweckmäßigkeit solcher Normalien verneint. In seinem sechsten erschienenen Jahresbericht kommt das Materialprüfungsamt auf die Angelegenheit zurück und bemerkt dazu:

Mit Vertretern der Wollspinnerei, Färberei und Seidenindustrie wurden auch mehrfach Verhandlungen über Normalien für die Lieferung von Erzeugnissen dieser Industrie geführt. Bekannt ist und von vielen Seiten wird zugegeben, in wie hohem Maße unlauterer Wettbewerb und Uebervorteilung der Verbraucher im Handel und Gewerbebetrieb eingegriffen ist. Auch hier wird, wie in anderen Gewerben, geltend gemacht, daß sich die Warenerzeuger bisweilen genötigt sehen, den unvorhergesehenen und in die Berechnung nicht eingerechneten Ausfall an Rohstoffen, den sie bei der Erzeugung der Ware haben, durch Verwendung von Ersatzstoffen wieder gut machen zu müssen oder daß das Gewerbe gar durch die Wünsche der Verbraucher gezwungen würde, die Waren für gewisse Zwecke brauchbarer oder billiger zu machen oder sie sonstigen Wünschen der Verkäufer anzupassen. Das ist dann der Ausgangspunkt, der zuerst die Technik vervollkommen und das Geschäft fördert; aber gar bald folgt der Auswuchs: die erworbene Kunstfertigkeit wird dann gebraucht, um die Ware über Gebühr zu „schönen“, zu „appretieren“ usw. usw. So hat man es immer besser gelernt, dem Ersatzstoff das Aussehen und die Oberflächeneigenschaften der Delware zu geben. Das Wolltuch beschwert man mit Fremdkörpern, gibt ihm ein bestechendes Aussehen, erweist die Dichte teilweise durch Scherhaare, durch eingewebte und eingespinnene Baumwolle u. a. m. Der Seidenfärber hat gelernt, durch Befehrerung aus einem Kilogramm Seide 2, 3 und mehr Kilogramm zu machen und dabei ein äußerlich bestechendes Aussehen zu erzielen; Kunstseide wird täuschend ähnlich der Naturseide hergestellt und mit Naturseide verarbeitet, als solche auf den Markt gebracht usw.

Wenn durch diese Kunst zugleich der Verbrauchswert der Ware erhöht wird, oder wenn man den Nutzen, den man durch die Verwendung billiger Ersatzstoffe erzielt, wenigstens dem Käufer oder dem Verbraucher zufließen läßt, und wenn man offen den Warenzustand der Ware bekennen würde, so würde sich ja kaum etwas dagegen einwenden lassen, daß Handel und Industrie nach Verbilligung unserer Verbrauchsstoffe streben und durch Vervollkommnung ihrer Kunst den Ersatzstoffen neue Verwendunggebiete schaffen. Aber man sucht zumeist nur den eigenen Vorteil. Und doch führt die Jagd hiernach zur immer weiteren Unterbietung des Wettbewerbes; in die Industrie zieht ein Wettkampf aller gegen alle ein; Treue und Glaube wird auf eine sehr geringe Stufe herabgedrückt; der anfangs gewonnene Nutzen wird vermindert und schließlich Aussehen und Kredit des Landes auf dem Weltmarkt untergraben. Diese Umstände führen dann schließlich dahin, daß alles nach Umkehr ruft und sich gegen den anfangs gebuldeten und großgezogenen Wettbewerb auf ungesunder Grundlage wendet. Dann kommt unvermeidlich der Ruf nach Kontrolle, nach festen Normen für die Lieferung usw., um den dem Gewerbe zugefügten Schaden wieder zu beseitigen.

Es wird sicher nicht lange dauern, so werden auch im Textilfache die gesunden Kräfte wieder Oberwasser bekommen, denn auch auf diesem Gebiet treten heute schon Stimmen hervor, die nach Aufstellung von Normalien und nach einer öffentlichen Kontrolle der Waren rufen. Das Amt hat demgemäß sich auch auf dem Gebiet der Textilindustrie bemüht, diesem Streben entgegen zu kommen, und hat sich mit Anfragen an die Industrie- und Handelskammern kreise gewendet; es hat zwar bisher nur geringes Verständnis gefunden, wird aber seine Bemühungen fortsetzen, weil es sieht, daß es auch hier schließlich gelingen wird, den unlauteren Wettbewerb einzudämmen und dem Segeln unter offener Flagge Fahrwasser zu gewinnen. — Ich hoffe demgemäß im nächsten Jahre über Fortschritte auf diesem Wege berichten zu können.

Zu diesen Ausführungen des Materialprüfungsamtes schreibt die „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“ (Nr. 8, 1913):

Wer selbst mitten in der Webereipraxis steht und die offenen Aussprüche der verschiedenen Interessengruppen, die innerhalb der gesamten Textilindustrie die Kreise der Fabrikanten, Färber-, Großhändler-, Detailhändler- usw. Verbände ausmachen, die während der letzten Jahrzehnte in den Spalten der diversen Textilzeitungen erschienen, mit sachmännischem Interesse verfolgt hat, der kann bei klarer Urteilskraft sich vorstehenden Ausführungen in ihren Hauptzügen nicht zustimmend anschließen. Das mißliebige Wort vom unlauteren Wettbewerb, von spekulativen Tricks im Gewerbe wird heute von vielen Seiten so oft und so gern gebraucht, ohne daß man dabei bedenkt, daß die künstliche Forcierung der Verhältnisse durch ganz andere Faktoren bewirkt worden ist als diejenigen sind, die nur notgedrungen die Ausführenden, nicht aber die Anstiftenden sind.

Mit den Zeiten ändern sich die Sitten und mit diesen die Menschen und ihre Bedürfnisse und Forderungen. Was die Industrie heute leisten muß, ob es nun auf einer gesunden oder ungesunden Basis steht, es ist die Folge eines Druckes der Konsumtion, der ungleich stärker ist als der Wille des Erzeugers und wenn derselbe noch so fest ist, er wird und muß dem Zwang der Notwendigkeit gehorchen, wenn er sich nicht im ausichtslosen Kampfe aufreiben und schließlich unterliegen will. Das Eingehen des Erzeugers auf die Wünsche und Forderungen der Verbraucher

ist ja seine Existenz; diese Tatsache allein bildet die Richtschnur für die Einrichtung seiner Produktionsweise. Was nicht z. B. einem Fabrikanten die schönste Musterung in Jacquards, wenn die Mode durchaus nichts davon wissen will und nur Schaffsachen bevorzugt. Er wird keinen Absatz für seine Waren finden und nicht nur die Arbeitsmöglichkeit für seinen Betrieb unterbinden, sondern auch seine eigene Existenzfähigkeit untergraben. Lächerlich wäre der zu nennen, der es versuchen wollte, gegen den Strom zu schwimmen. Ist es bei den heutigen Verhältnissen für den einzelnen schon schwer, nur konkurrenzfähig zu bleiben, es gehört große Kraftausbietung dazu.

Wer nur einigermaßen Einblick in die heutigen Tages so viel geschmähte Seidenwarenindustrie hat, wird wissen, wie wenig Freude die Erzeugung der jetzigen Waren macht. Nicht nur dem Fabrikanten, nein, auch den Arbeitern würde es sicher lieber sein, nur gute, teure Waren zu fabrizieren, wenn nur Absatz dafür zu finden wäre, aber nicht einmal die geringste Nachfrage dafür ist vorhanden. Statistisch ist der stärkste Konsum in den billigsten Artikeln zu verzeichnen. Wie rationell und angestrengt aber bei Erzeugung billiger Waren gearbeitet werden muß, um nur einigermaßen anständigen Verdienst zu erzielen, davon kann man sich nur eine Vorstellung machen, wenn man die Vorgänge in der Praxis an Ort und Stelle verfolgt hat. Der Fabrikant vor allem hat am meisten zu rechnen, er wird viel peinlicher kalkulieren müssen, wenn er anstatt einen Meter Seidenware für 3 bis 4 Mark für 50 Pfennig bis 1 Mark fabrizieren soll. Erstens sind die Manipulationen wie Färben, Treiben, Spulen und Scheren der Materialien dieselben, wenn auch das verwendete Material selbst qualitativ geringer ist. Zweitens sind auch die Löhne für das Weben dieser Stoffe nicht in dem gleichen Verhältnisse niedriger, trotzdem der Arbeiter bei angestrengter Tätigkeit nicht den Verdienst erzielen kann, als wie bei Unfertigung guter teurer Waren. Und drittens ist die Beanspruchung der Maschinen usw. nicht nur die gleiche, sondern erwießenermaßen sogar eine ungleich größere.

Dieses Moment kommt oft nur dem mitten in der Praxis stehenden Fachmann zum Bewußtsein und wird vom Fabrikanten bei der Warenabkalkulation nicht selten gar nicht in Berücksichtigung gezogen. Es ist aber keinesfalls gleich, ob eine Maschine in einem Jahre 10 oder 20% Abnutzung erfährt. Es ist keinesfalls gleich, ob eine Seidenwebmaschine mit feiner Naturseide oder mit starker Kunstseide belegt wird; letztere verlangt eine schärfere Bremsung, ein schnelleres Auswechseln der Rollen und Spulen und bedingt hierdurch eine größere Beanspruchung der verhältnismäßig feinen Mechanismen. Eine Kunstseidenspule ist beispielsweise bereits in vier Minuten gefertigt, während zur Herstellung einer Spule von Naturseide 15 Minuten und mehr Zeit nötig ist. Noch ärger ist es beim Weben. Die billigen Stoffe sind nicht mehr reinseidene, sondern nur halbbeidene Stoffe. Das Kettenmaterial besteht ausschließlich aus Baumwolle. Zur Straffung der Kette ist größere Bremsung, wie bei Organseide, nötig, das Geschirr oder der Garnschuß leidet demgemäß mehr und erfährt dadurch eine Verkürzung seiner Lebensdauer. Der Schlagmechanismus muß stärker eingestellt werden, wie überhaupt alle Bewegungsstücke stärker in Anspruch genommen werden und demgemäß schneller verschleßen. Es tritt schon hier allein eine Mehrbelastung des Verbrauchstotes ein.

Wenn man Kunstseide zu gewissen Artikeln mit Naturseide verwebt, wird das lediglich zum Zwecke der Erreichung einer größeren Haltbarkeit des Verbrauchsstoffes getan, die weder durch alleinige Verwendung beschwerter Naturseide noch durch bloße Verwendung von Kunstseide erzielt werden kann; man darf da also wieder nicht den Vorwurf spekulativer Täuschung erheben, sondern nur den technischen Notwendigkeit, der aber nur indirekt den Fabrikanten trifft. Sehr bezeichnend sind hierfür die Bemerkungen eines deutschen Korrespondenten, die dieser in einem Leitartikel für eine Schweizer Textilzeitung, betr. die Erschwerungsfrage, vor einigen Jahren machte. Er schrieb u. a. wörtlich:

„Der größte Fehler liegt sicherlich bei den Großhändlern, welche griffige Ware zum billigen Preise kaufen wollen und ihre Kundenschaft nicht darüber aufklären, daß für diesen und jenen Preis keine haltbare Ware zu liefern wäre. Wer griffig und billig kauft, erhält den Auftrag, da wird nicht nach der Erschwerung gefragt, und so muß ein Fabrikant dem andern folgen, wenn er überhaupt Geschäfte machen will.“

Und an anderer Stelle heißt es weiter: „Würden solche oben erwähnten Stoffe nicht verlangt, so würde es logischerweise auch keinem Fabrikanten einfallen, dieselben zu fabrizieren, umso mehr als auch in der Fabrikation durch die Erschwerung häufig genug Unannehmlichkeiten entstehen, welche in vielen Fällen großen Schaden verursachen.“

Diese Bemerkungen treffen unweifelhaft das Richtige, nichts desto weniger sind die angeführten Tatsachen ein großer Krebsgeschaden in unserem Gewerbe und wir meinen, daß die Unternehmer gar nicht so weit den Vorschlag des Materialprüfungsamtes hätten von der Hand weisen sollen, denn er war immerhin geeignet, näher geprüft und mal versucht zu werden.

Allgemeine Rundschau.

„Die Jugend“. Schon lange ist in den Kreisen der agitatorisch tätigen christlichen Gewerkschaftler das Bedürfnis empfunden worden, einen Berater und Wegweiser für die gewerkschaftliche Jugendpropaganda zu besitzen. So dringend notwendig für die christlichen Gewerkschaften die unermüdete Werbe-, Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter der Jugend ist, so schwierig ist sie auch. Sie erfordert außerordentlich viel Aufmerksamkeit, Geschick und Kenntnisse mancher Dinge. Um so mehr mußte es als ein großer Mangel empfunden werden, daß es in unserer Bewegung an einem geeigneten Organ, das den „Jugendpflegern“ Rat, Anregungen und Aufklärung bringen könnte, fehlte.

Diesem Mangel ist nun erfreulicherweise abgeholfen worden. Vom Generalsekretariat in Köln ist im Leben die erste Nummer einer „Korrespondenz für die Jugendarbeit in den christlichen Gewerkschaften“ herausgegeben worden. „Die Jugend“, betitelt sich die Korrespondenz, die in zwangloser Reihenfolge etwa monatlich erscheinen soll. Was die neuen Blätter wollen,

ist in der „Einführung“ gesagt. Sie wollen „dem Verständnis der christlichen Gewerkschaftler für die Jugendfrage in ihren verschiedensten Ausprägungen vorarbeiten und zur Mitarbeit bei den Bestrebungen zu deren Lösung anregen.“ Darum legen sie das Hauptgewicht auf die „praktische -Muganwendung für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Unter diesem hauptsächlichsten Gesichtswinkel wird die Auswahl des Stoffes getroffen und zwar ohne Scheu vor etwaigen Wiederholungen, wo sie nützlich, eingebend des Wortes, daß jeder Tropfen den Stein höhlt.

Es soll versucht werden, die christlichen Gewerkschaftler nach und nach von dem Gedanken zu durchdringen, daß Jugendarbeit

1. kein Sonntagsvergügen, sondern eine dringende Pflicht alltäglicher Betätigung, und

2. eine Arbeit von ganz besonderer Eigenart ist die nicht ohne weiteres in ein allgemeines, ein für allemal fertiges Schema hineingezwängt werden kann.“

Die Blätter richten sich denn auch nicht ausschließlich — wenn auch in erster Linie — an die unmittelbar in der Jugendarbeit stehenden Kollegen, sondern an alle diejenigen, denen organisatorische und agitatorische Pflichten obliegen.

Die erste Nummer der „Jugend“ bringt mehrere gute Notizen und Abhandlungen, die, aus den verschiedensten Gebieten der Jugendarbeit entnommen, eine Menge von guten Gesichtspunkten und Anregungen bieten. Neugierlich zeigen sich die Blätter in einer sehr geschmackvollen, ästhetischen Form.

Wir schließen uns von ganzem Herzen dem Wunsche der Herausgeber der Blätter an, daß sie ihren Zweck in vollem Maße erfüllen mögen.

Christliche Gewerkschaften und Jugendbewegung.

Zu dieser Frage bringt die erste Nummer der vom Generalsekretariat in Köln herausgegebenen Jugendkorrespondenz folgende Ausführungen:

„Das kennzeichnende Merkmal unserer Stellung in der allgemeinen Jugendbewegung ist die Wahrnehmung derjenigen Interessen der jugendlichen Arbeiter, die bei der bisherigen Arbeitsteilung auf diesem Gebiete nicht die nötige Berücksichtigung fanden.“

Um die sittliche Erziehung der Jugend bemühen sich seit langem und erfolgreich die konfessionellen Jugendvereine; um die geistige und sachliche Erziehung die Fortbildungsschulen; zur Pflege der sogenannten körperlichen Erziehung der Jugend gehören die Einrichtungen wie Pilze aus der Erde; die Berufswahl wird den jungen Leuten durch eine steigende Anzahl besonderer Einrichtungen erleichtert. Was fehlte, war die Sorge für die Jugend auf der Arbeitsstätte. Hier jetzt die Gewerkschaft ein. Sie nimmt sich in planmäßig durchgreifender Weise zunächst der materiellen Interessen der jungen Arbeiter und dann des Jugendschutzes im weiteren Sinne an. Weil dies aber schließlich die Grundlage ist für die gesamte Stellung des Lohnarbeitenden Jugendlichen, ergibt sich die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ohne weiteres. Sie steht hinsichtlich ihrer Bedeutung jedenfalls hinter den anderen Arten der Jugendfürsorge keineswegs zurück.

Somit aber ist nicht zu übersehen, daß mit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit diese Jugendfürsorge nicht etwa erschöpft ist. Die Arbeitsteilung bleibt bestehen und die Gewerkschaftsarbeit an der Jugend trägt ihr ein. Auch schon aus rein praktischen Gründen. Bei der materiellen Interessenwahrnehmung für die Jugend tritt die reine Lohnfrage, anders wie beim erwachsenen Arbeiter, vielfach hinter die Frage der sachlichen Leistungsfähigkeit zurück. Der tüchtig durchgebildete Arbeiter entwickelt nun aber auch durchweg mehr Standeshemmungen, wie der mangelhaft ausgebildete, und ist daher auch leichter organisierbar. Die Gewerkschaft setzt ihre Forderungen zudem leichter durch, wenn arbeitsfähige und willige Leute hinter ihr stehen. Mit der sachlichen Ausbildung kann sich die Gewerkschaft jedoch erst in zweiter Linie beschäftigen. Nehmlich liegt es auf dem Gebiete der sittlichen Erziehung, die für die Heranbildung von Charakteren unentbehrlich ist, die indes der konfessionellen Beeinflussung nicht entziehen kann. Und für die Sorge um die sogenannte körperliche Erziehung der Jugend können letzten Endes auch nicht wertvolle Kräfte aus der Gewerkschaftsbewegung selbst herangezogen werden. Ganz abgesehen von dieser Kräftezerpflünderung, würde die Wahrnehmung all dieser Interessen die Gewerkschaft aber auch ihrem eigentlichen Zwecke mehr und mehr entfremden und sie in ständige Konflikte verwickeln.

So bleibt es also zweckmäßig — aus prinzipiellen und praktischen Gründen — bei der Arbeitsteilung. Die Gewerkschaft arbeitet auf ihrem Gebiete an der Heranziehung und Gewinnung der Jugend und respektiert die berechtigten Ansprüche der anderen Institutionen, von denen sie wiederum eine Berücksichtigung ihrer eigenen Ansprüche erwarten kann. Im übrigen arbeitet man gemeinsam an der gegenseitigen Unterstützung, auch durch Austausch der Erfahrungen in der täglichen Praxis. Soweit die verschiedenen Zweige der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Frage stehen, geht man in allen Fragen von allgemeinem Interesse zusammen. Dann führt auch hier, wie überall, die Arbeitsteilung zu einer um so sichereren Erreichung des gemeinsamen Zieles.“

Mit welchen schloßen Mitteln der Verband „deutscher“ Textilarbeiter im badischen Albtale gegen unsere Organisation ankämpft, dafür ein Beispiel. In dem sozialdemokratischen „Volkstempel“ von Karlsruhe erschien am 21. Februar d. J. ein „Aufruf an die Textilarbeiter im Albtale“, worin es u. a. heißt:

„Der Deutsche Textilarbeiterverband ist von Arbeitern gegründet worden, um der Arbeiterschaft zu helfen, der Zentrumstextilarbeiterverband ist von Arbeiterfeinden ins Leben gerufen worden, um die Arbeiterschaft zu schädigen.“

Schon die Art und Weise, wie der Zentrumstextilarbeiterverband im Albtale seine Mitglieder wirbt, kennzeichnet seinen Charakter genügend. Während die armen Arbeiter den statutenmäßigen Beitrag entrichten müssen, können die Meister mit niedrigeren Beiträgen die Mitgliedschaft erwerben. Das heißt nichts anderes, als wie die Meister bestechen, damit diese für die Zentrumorganisation wirken. Eine wahre Arbeiterorganisation verzichtet überhaupt auf die Mitgliedschaft der Meister, da die Meister in 100 Streitfällen 99 Mal die Interessen der Unternehmer vertreten. Dem Zentrumstextilarbeiterverband kommt es darauf nicht an, die Beiträge sind ihm die Hauptsache. Die Arbeiterschaft kann diese Organisation aber auch schon deshalb nicht als ihre Interessenvertretung betrachten, da nach der neuesten Entscheidung des Papstes nicht der Verband, sondern die Bischöfe zu entscheiden haben, ob die Arbeiter zufrieden sein müssen oder nicht.“

Dann wird der bekannte Ausspruch von Bischof Henle zitiert, ferner gesagt, die „Führer des Zentrumstextilarbeiterverbandes“ hätten die Lebensmittelverknappung verschuldet, und zum Schluß die von uns längst als unwahr zurückgewiesene Behauptung wieder aufgestellt, unser Verband sei in Hochst und M.-Gladsbach von den Fabrikanten bei Lohnforderungen abgewiesen worden mit der Behauptung, die Führer unseres Verbandes hätten die Verknappung der Lebensmittel verschuldet, darum gäbe es nichts.

Gegen all die in dem Aufruf enthaltenen bodenlosen Gemeinheiten anzugehen, erübrigt sich. Mit solchen Mitteln fängt man uns im Albtale keine Mitglieder weg, im Gegenteil werden diese um so eher Berachtung empfinden für einen Verband, der seine Agitation mit solchen Leistungen eines Lügners bereichern muß. Nur auf eine Niederträchtigkeit des schmutzigen Gesellen sei eingegangen. Er behauptet, daß unser Verband im Albtale die Meister aufnehme und dazu noch zu einem niedrigeren als zu dem gewöhnlichen Pflichtbeitrag. Das geschieht nur, um die Meister zu bestechen. Darauf sei erwidert:

1. Es ist nicht wahr, daß unser Verband im Albtale Meister zu einem niedrigeren als zu dem gewöhnlichen Pflichtbeitrag hat.

2. Es ist nicht wahr, daß unser Verband im Albtale überhaupt Meister aufgenommen hat. Wohl haben sich die Meister des Albtales in einem besonderen Meisterverband zusammengeschlossen, mit dem unser Verband jedoch nicht das geringste zu tun hat.

3. Es ist also eine freche Verleumdung, zu schreiben, daß unser Verband die Meister bestechen wolle.

4. Es ist nicht wahr, daß unser Verband von Arbeiterfeinden gegründet ist. Unser Verband ist von Textilarbeitern, die damals selbst am Webstuhl oder in der Spinnerei standen, gegründet worden. Sie sind heute noch zum Teil in führenden Stellungen unseres Verbandes tätig.

Es ist nicht wahr, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften von Arbeitern gegründet sind. Die Gründer der „freien“ Verbände sind Rechtsanwälte, Redakteure und Literaten.

Haushälterische Ausbildung der Arbeiterinnen.

Es wird mit Recht als folgenschwerer Mangel im Arbeiterleben bezeichnet, daß viele gewerblich tätige Mädchen in den Ehestand treten, ohne den Pflichten einer Hausfrau gerecht werden zu können, weil durch fremde oder eigene Schuld ihre hauswirtschaftliche Ausbildung vollständig vernachlässigt wurde. Tausende und Aber-tausende von Arbeiterfamilien kommen aus diesem Grunde auf keinen grünen Zweig und geraten auf die abschüssige Bahn wirtschaftlicher und sozialer Verelendung. Jeder wahre Freund des Volkes wird daher alle Bestrebungen unterstützen, die diesem Mangel abzuwehren und die erwerbstätige weibliche Jugend in den wichtigsten Hausarbeiten vorzubilden suchen. Eine bisher wenig beachtete aber erprobte Tätigkeit leisten auf dem Gebiete die konfessionellen Arbeiterinnenvereine. So kann z. B. der Verband süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine mit berechtigter Genugtuung darauf hinweisen, daß die von den Verbändenvereinen eingerichteten hauswirtschaftlichen Kurse sich zu ganz bedeutungsvollen Einrichtungen entwickelt haben. Laut der vorliegenden Jahresstatistik wurden im Jahre 1911 in den Verbändenvereinen folgende hauswirtschaftlichen Kurse abgehalten:

Ein Kochkurs	in 16 Vereinen mit 264 Teilnehmerinnen
„ Nähkurs	„ 53 „ 1261 „
„ Stüchkurs	„ 25 „ 698 „
„ Tischredekurs	„ 12 „ 216 „
„ Wäschekurs	„ 14 „ 226 „

Allo: hauswirtschaftliche Kurse in 120 Vereinen mit 2665 Teilnehmerinnen. Dazu kommen auch noch 57 hauswirtschaftliche Vorträge, die in 27 Versammlungen katholischer Arbeiterinnen gehalten wurden.

Diese Tätigkeit innerhalb der katholischen Arbeiterinnenvereine Süddeutschlands hat inzwischen noch erhöhte Aufmerksamkeit und weitere Ausgestaltung erfahren; sie verdient volle Anerkennung und allseitige Nachahmung. Hier und da haben auch Ortsgruppen unseres Verbandes sich an die hauswirtschaftliche Ausbildung der Kolleginnen herangemacht und zum Teil mit großen Kosten entweder allein oder in Gemeinschaft mit den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen Kurse in hauswirtschaftlichen Fächern veranstaltet.

Der vierte Verbandstag des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands fand im vergangenen Monat in Berlin statt.

Der Verein zählt nicht weniger als 8366 Mitglieder und hat dazu seine Finanzkraft sehr verstärkt. Der Beitrag, der anfangs 20 Pfg. monatlich betragen hatte, ist auf 10 bis 40 Pfg. wöchentlich gestiegen. Seit dem letzten, vier Jahre zurückliegenden Verbandstage wurden 129 000 M. eingenommen und 112 655 M. ausgegeben. Darunter 22 000 M. Krankengeldzuschuß. Auf die Unterstellung der Hausarbeiter unter die Krankenversicherungspflicht und auf das Hausarbeitgesetz hat der Gewerbeverein Einfluß gewonnen und wirkt jetzt auf die Errichtung von Lohnauschüssen hin. Mehrfach hat der Gewerbeverein auch auf Errichtung von Tarifverträgen eingewirkt, sechs neue Verträge sind abgeschlossen worden. An verschiedenen Orten haben die Gruppen zu Gaubverbänden zusammengeschlossen; insgesamt bestehen 74 Ortsgruppen, ein Altersheimfonds ist in Bildung. In 229 Fällen gab der Nähmaschinenfonds Beihilfen zur Anschaffung neuer Maschinen. Gemeinsamer verbilligter Einkauf von Garn, Maschinenöl, Kohlen, Lebensmittel und dergl. ist fast in allen Gruppen eingeführt.

Erhebliche Änderungen des Programms machten sich erfreulicher Weise deshalb notwendig, weil eine Anzahl von Forderungen durch die Gesetzgebung der letzten Jahre erfüllt sind, so die behördliche Vorkaufsleistung, die unentbehrliche Grundlage aller Heimarbeitsreform, dann die Einführung von Lohnbüchern für die gesamte Hausindustrie, das Verbot der Mitgabe der Arbeit an Fabrikarbeiterinnen, die Ausdehnung der Gewerbeversicherung auf das Hausgewerbe, einige sanitäre Schutzmaßnahmen und die reichsgefesliche Kranken- und Hinterbliebenen-Versicherung. Die nächsten Ziele sind nach einem Referat von Fel. Dyhrenfurth folgende:

1. Vertretung der Heimarbeiterinteressen bei den öffentlichen Körperschaften.
2. Ausgestaltung der Kranken- und Hinterbliebenen-Versicherung. Ausdehnung der Invalidenversicherung auf die Hausindustrie.
3. Wohnungsreform und Wohnungspflege durch weibliche Beamte.
4. Durchführung des Kinderschutzgesetzes unter Vermehrung der weiblichen Beamten der Gewerbeaufsicht.
5. Berufliche Fortbildung sowie Arbeitsvermittlung.
6. Regelung des Verdichtungsmessens. Direkte Ausgabe behördlicher Aufträge an Heimarbeiterverbände.
7. Regelung und Hebung der Lohnverhältnisse durch Tarifverträge.
8. Durchführung des Hausarbeitgesetzes, insbesondere Errichtung und Ausbau der Fachauschüsse mit dem Endziel rechtsverbindlicher Lohnfestsetzungen.

Das Schwergewicht der Arbeit des Gewerbevereins liegt in der Regelung der Lohnfrage, ohne welche die sanitären Maßnahmen zum Schutz des Heimarbeiters und des Konsumenten undurchführbar sind.

Prof. Dr. Ernst Franke, Berlin, wies in seinem Referat über die „Vertretung der Heimarbeiter bei Tarifverträgen“ darauf hin, daß zwar eine Anzahl von Tarifverträgen auch für Heimarbeiter Gültigkeit hätten, aber vorzugsweise von und für Werkstattarbeiter, mit geringer Berücksichtigung der Heimarbeiterinteressen, ja geradezu oft in heimarbeiterfeindlichem Sinne gemacht seien. Darum sei es so wichtig, daß der Gewerbeverein Heimarbeiterinneninteressen bei Tarifverträgen vertreten. Es sei mit Freude zu begrüßen, daß der Gewerbeverein eine Anzahl von Verträgen abschließen konnte, doch sei bei den Schwierigkeiten, mit denen die tarifliche Regelung durch den Gewerbeverein zu kämpfen habe, die Errichtung von Fachauschüssen, die das Hausarbeitgesetz vorzieht, ein dringendes Bedürfnis. Freilich sei es fraglich, ob die geringen Machtbefugnisse dieser paritätisch zusammengesetzten Kommission genügen, um wirklich die Lohnhöhe zu beeinflussen.

Des weiteren referierte Dr. Käthe Gabel über das Thema: „Behördliche Aufträge für Heimarbeiterinnen“. Sie betonte die Bedeutung, welche die großen Aufträge von Staat und Gemeinden, aber auch von gemeinnützigen Vereinen und Anstalten für die Heimarbeiterinnen hätten, und sprach den Wunsch aus, daß solche Aufträge mehr als bisher an Heimarbeiterorganisationen vergeben werden möchten; die Ausgabe der Arbeit an Unternehmer solle unter klarer Festlegung der Lohnbedingungen erfolgen. Eine Einschränkung der Heimarbeit durch die Submissionsverträge liegen nicht im Interesse der Heimarbeiterinnen.

Mit herzlichster Freude und Dankbarkeit empfing der Gewerbeverein auch bei dieser Tagung wieder die Zeichen warmen Interesses und reger Anteilnahme, mit welcher die Kaiserin die Heimarbeiterinnenbewegung, die so recht eine Bewegung der deutschen Frau und Mutter ist, begünstigt. Bei einer Vorstellung zu Ehren der Delegierten des Verbandstages im Königl. Schauspielhaus war der Kaiser selbst zugegen, was von den anwesenden Heimarbeiterinnen mit Jubel begrüßt wurde.

Eine neue internationale Arbeiterschutzkonferenz. Die letzte internationale Arbeiterschutzkonferenz fand 1906 in Bern statt und hatte das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen und das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in allen angeschlossenen Industrieanlagen zur Folge. Im vergangenen Jahre ist nun die internationale Vereinigung für Arbeiterschutz erneut mit bestimmten Vorschlägen an den schweizerischen Bundesrat herangetreten und hat diesen ersucht, wiederum eine Konferenz einzuberufen, die sich mit genannten Vorschlägen befassen soll. Die letzteren betreffen zunächst das Verbot der industriellen Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter. Sie soll diesen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr unterjagt werden, und zwar bis zum 14. Lebensjahr absolut, d. h. ohne Ausnahmen zuzulassen. Die Nachtruhe soll mindestens 11 Stunden betragen und so geregelt sein, daß die 11 Stunden in den Zeitraum von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens fallen. Nur den Staaten, die die Nachtarbeit der industriellen Arbeiter

bis zum 18. Lebensjahr überhaupt noch nicht geregelt haben, soll für eine bestimmte Uebergangszeit gestattet werden, die Nachruhe der über 16 Jahre alten Arbeiter auf 10 Stunden zu beschränken. Im übrigen sind bezüglich der Nacharbeit der über 14 Jahre alten jugendlichen Arbeiter für bestimmte Industrien und außer-europäische Staaten weitere Ausnahmen vorgesehen.

Ein zweiter Vorschlag will die Festsetzung einer Arbeitsdauer von höchstens 10 Stunden für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter. Die Arbeitszeit soll durch eine oder mehrere Ruhepausen unterbrochen werden. Deren Mindestdauer ist von der Gesetzgebung eines jeden Staates zu bestimmen. Ueberstunden sind in bestimmten Fällen zu gestatten. Ihre Dauer soll aber nicht mehr als je eine Stunde an irgendeinem Tage der Arbeitswoche oder mehr als zwei Stunden an drei aneinander nicht folgenden Tagen derselben Arbeitswoche und zusammen nicht mehr als 60 Stunden im Kalenderjahr betragen. Die Bewilligung von Ueberstunden für Arbeiter unter 16 Jahren soll untersagt werden.

Der schweizerische Bundesrat bezeichnet diese Vorschläge als geeignet, die Grundlage der Beratung durch eine Konferenz zu bilden. Er wendet sich darum an die Regierungen jener europäischen Staaten, die an dem internationalen Uebereinkommen von 1906 beteiligt sind oder Arbeiterschutzesetze besitzen, nämlich: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Rumänien, Rußland, Serbien und Schweden und unterbreitet ihnen den Vorschlag, auf den Monat Sept. 1913 nach Bern eine vorbereitende technische Konferenz einzuberufen um die Grundzüge internationaler Uebereinkommen über die beiden erwähnten Arbeiterschutzesetze vorzubereiten.

Die Einberufung dieser Konferenz ist sehr zu begrüßen. Da in den wichtigsten europäischen Industrie- und Kulturländern die von der internationalen Vereinigung für geschützten Arbeiterschutzes unterbreiteten Vorschläge schon ganz oder zum Teil wenigstens verwirklicht oder doch für die Verwirklichung reif sind, steht zu erwarten, daß auch diese Konferenz zu praktischen Ergebnissen führt.

Und Freude herrscht in Trojas Hallen . . . ! In ihrer Heiligkeit gegen unsere Notiz: „Hirsch-Dundersche Neutralität“ schrieb die Hirsch-Dundersche Textilarbeiter-Zeitung: „Wollte sie schadenlos sein, so könnte sie einwandfrei nachweisen, wie Zentrum und christliche Gewerkschaften gemeinsam Versammlungen einberufen. Dieser Nachweis erschien nicht. Dafür trägt das Blatt aber eine andere angebliche Neutralitätsverletzung der christlichen Gewerkschaften auf. Offenbar glaubt es damit eine Attacke gegen unseren Verband reiten zu können. Es ist aber ein recht magerer Klepper, den unsere verehrte Kollegin hier zu bestiegen hat.“

In St. Ingbert (Pfalz) fand eine Konferenz des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. In dieser soll nach einem Bericht des dortigen Zentrumsorgans der Redner, Herr Dr. Nieder, den Volksverein als Mutter der christlichen Gewerkschaften bezeichnet haben. Er trat stets mit Wort und Schrift für letztere ein. Wöchentlich schickte der Volksverein an Hunderte von Zeitungen aller Gegenden Deutschlands ein eigenes Blatt (?? d. R.) zum Gebrauch in der Agitation für die christlichen Gewerkschaften. Der Volksverein habe diese stark gemacht und — so zitiert das Hirsch-Dundersche Organ dann wörtlich — „schon aus Dankbarkeit mußte (?? d. R.) jeder (?? d. R.) christlich organisierte Arbeiter Mitglied des Volksvereins sein“. Diesem Bericht knüpft das Hirsch-Dundersche Blatt folgende Bemerkungen an:

„Der katholische Volksverein verlangt also als Gegenleistung, daß alle christlichen Gewerkschaftler dem Volksverein für das katholische Deutschland angehören. Christliche Gewerkschaften und Volksverein arbeiten also Hand in Hand. Na also!“

Das „Na also!“ klingt ja recht siegesgewiß. Unsere verehrte Kollegin hat aber zu früh triumphiert. Der erwähnte Bericht über die Volksvereinsversammlung enthält eine Reihe von Unrichtigkeiten. Wenn das Hirsch-Dundersche Blatt richtig zitiert hat, so fallen diese Unrichtigkeiten offenbar dem Berichterstatter des betreffenden Zentrumsorgans zur Last. Denn daß Herr Dr. Nieder sich derart ausgedrückt hat, halten wir für ausgeschlossen. Unrichtig ist zunächst, daß der Volksverein ein eigenes Blatt zur Agitation für die christlichen Gewerkschaften herausgibt. Gemeint ist da offenbar die „Soziale Korrespondenz“ des Volksvereins, die für die katholische Presse bestimmt ist und allerdings gelegentlich auch warm für unsere Bewegung eintritt. Unrichtig ist weiter, daß jeder christliche Gewerkschaftler dem Volksverein angehören muß. Das kann schon deswegen nicht stimmen, weil der Volksverein eine konfessionelle Organisation ist und nur Angehörige des katholischen Bistums aufnimmt. Es ist dem Volksverein auch niemals eingefallen, zu verlangen, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ihm angehören müssen. Daraus könnten sich die christlichen Gewerkschaften bei aller Anerkennung der Verdienste, die sich der Volksverein um unsere Bewegung erworben hat, auch gar nicht einlassen. In den christlichen Gewerkschaften wird unseres Wissens auch keinerlei Propaganda für den Volksverein gemacht. Wenn die Hirsch-Dundersche Textilarbeiter-Zeitung darum glaubte, auf Grund des erwähnten Zitats die christlichen Gewerkschaften einer Neutralitätsverletzung bezichtigen zu können, so hat sie gründlich daneben gehauen. Wir kondolieren.

Sie wills nicht gelten lassen! Die „Deutsche Textilarbeiter-Zeitung“, das Organ des Hirsch-Dunders-

schon Gewerkschaften der Textilarbeiter, befreit die Beweislast der von uns in Nr. 7 gebrachten Notiz: „Hirsch-Dundersche Neutralität“. Sie meint, nicht die Gewerkschaften seien für die liberale Liste eingetreten, sondern der Bürgerrechtserwerbverein der Gewerkschaften. Mit den Gewerkschaften habe die ganze Geschichte nichts zu tun.

Mit Verlaub, verehrte Kollegin! Ganz so scheinen die Dinge doch nicht zu liegen. Gewiß! Wenn die Mitglieder der Gewerkschaften außerhalb der Gewerkschaft in einer von der letzteren unabhängigen politischen Organisation für die liberale Liste eintraten, kann dem Gewerkschaften daraus ein Vorwurf der Neutralitätsverletzung nicht gemacht werden. Diese Voraussetzungen trafen aber für den Fall in Bachhausen nicht zu. Wie die „Deutsche Textilarbeiter-Zeitung“ selbst betont, handelte es sich um den Bürgerrechtserwerbverein der Gewerkschaften. Der erstere ist also ein Bestandteil der letzteren. Das geht auch aus dem Versammlungsbericht der liberalen „Mugsburger Neuesten Nachrichten“ hervor. Wir verweisen nur auf folgende Sätze:

„Die Versammlung war einberufen, um über die Stellungnahme der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu den bevorstehenden Gemeindevahlen zu beraten.“ „Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften beschlossen haben, auch diesmal wieder die liberale Liste nachdrücklich zu unterstützen.“ „Nachdem der Vorsitzende noch das Programm der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, das sich mit dem liberalen Programm in der Hauptsache deckt, bekannt gegeben hatte, schloß er mit der Aufforderung, am Wahltage voll und ganz für die liberale Liste einzutreten.“

Das ist doch wahrhaftig klar und deutlich genug. Und die „Deutsche Textilarbeiter-Zeitung“ nimmt ja selbst den Bericht des liberalen Blattes als wahr an. Da muß sie uns schon gestatten, nach wie vor der Ansicht zu sein, daß es sich hier um eine Stellungnahme der Gewerkschaften handelt. Uebrigens steht der Fall von Bachhausen durchaus nicht vereinzelt da. Wenn es das S.-D. Organ wünscht, sind wir gern bereit, ihm mit weiterem Material aufzuwarten.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe sind in den Tagen vom 22.—24. Februar in Berlin zu Ende geführt worden. Hier unterlagen die Schiedsprüche der Gaurisämter über Lohnhöhe und Arbeitszeit einer Prüfung durch die Unparteiischen: Gerichtsdirektor Dr. Brenner-München, Bürgermeister Rath-Essen, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und den Vertretern der Zentralorganisationen. Zu Anfang der Beratungen gab der Arbeitgeberverband eine Erklärung ab, daß sie die Schiedsprüche ablehnen, da in ihnen keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes genommen sei. Von den Gehilfenvertretern wird ebenfalls eine Revision der Schiedsprüche gewünscht, da sie nach ihrer Ansicht nicht genügend den Preisverhältnissen und der anerkannten Bedürftigkeit der Malergehilfen Rechnung tragen.

Bei den dann einsetzenden Debatten über die Verhältnisse der einzelnen Gauen kam es mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen, weil im Gegensatz zu ihrem Hauptvorsitzenden einzelne Arbeitgeberführer sich in Provokationen giefen. So stellte der Vertreter des Gaus Hamburg für seinen Bezirk ein Ultimatum, wogegen die Gehilfenvertreter entschieden protestierten. Gleichen Widerspruch riefen auch die Ausführungen des Arbeitgebersekretärs Dr. Kölich-Barmen hervor, der die Gewerkschaften für die große Arbeitslosigkeit im Malergewerbe verantwortlich machen wollte und die bekannten Calwer'schen Statistiken sowie einen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ über die Teuerung und der „Kleine Haushalt“ als tendenziös bezeichnete.

Da eine Einigung nicht zustande kam, fällten die Unparteiischen am Montag Abend Schiedsprüche, wonach es im wesentlichen bei den Entscheidungen der Gaurisämter bleibt. Nur für Berlin und Hamburg sind die zugesprochenen Erhöhungen von 7 bzw. 9 Pfg. auf 5 Pfg. verteilt auf die dreijährige Vertragsperiode ermäßigt worden. In den Lohngebieten hingegen, wo für das erste Jahr nur 1 Pfg. zugesprochen war, ist eine Erhöhung auf 2 Pfg. vorgenommen worden. Im allgemeinen sollen die Lohnhöherungen 5—5 Pfg. verteilt auf die drei Jahre betragen, wozu dort, wo Arbeitszeitverkürzung eintreten soll, eine Erhöhung als Ausgleich kommt. Bezüglich der Arbeitszeitverkürzungen bleibt es im wesentlichen bei den Entscheidungen der Bezirksämter. Die Lohnhöherungen sollen für alle Berufsarten und Lohnklassen in gleicher Weise jeweils am 1. März eintreten. Von der generellen Festsetzung einer allgemeinen Lohnhöherung glaubten die Schiedsrichter absehen zu dürfen, weil der Vorsitzende des Hauptverbandes der Arbeitgeber, Herr Kruse-Berlin, eine solche als selbstverständlich bezeichnete.

Die Schiedsprüche der Unparteiischen und damit den neuen Reichstarifvertrag haben zwar die drei Gehilfenorganisationen angenommen, die Mehrheit der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes hingegen haben dieselben abgelehnt. Für Annahme haben sich nur geringe Minderheiten ausgesprochen, mit Ausnahme des Gau Berlin, wo neun Beihilfen dafür und Gau Ostdeutschland, wo alle Stimmen dafür waren. Da mit dem 28. Februar der Tarif abgelaufen ist, steht nach der Ankündigung der Arbeitgeber eine Aussperrung im Malergewerbe bevor.

Die Tarifvertragspolitik im allgemeinen dürfte dadurch bedauerlicherweise eine schwere Erschütterung erfahren. Die Verantwortung dafür trifft den Arbeitgeberverband, da die Gehilfenorganisationen alles getan haben, um die Annahme der Schiedsprüche und damit den Frieden herbeizuführen.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Januar berichtet die joesen erschienene Februar-Nummer des Reichsarbeitsblattes:

Die Baumwollspinnereien waren nach Berichten aus Westfalen, Bayern und Württemberg gut beschäftigt. Dort lagen von früherer Zeit her noch reiche Aufträge vor; doch machte sich gegenüber dem Vormonat eine Verschlechterung bemerkbar, die hauptsächlich auf die große Menge aus Oesterreich eingeführter Garne zurückgeführt wird. In Oesterreich ist die Zahl der Spindeln derart gesteigert worden, daß eine große Ueberproduktion vorhanden ist, die infolge des mangelnden Absatzes im Inland mit Verlust zu sehr niedrigen Preisen nach Deutschland und Holland abgesetzt wird. Aus Hannover und dem Elsaß wird über nicht befriedigende Beschäftigung gellagt. Das Verkaufsgeschäft hat sich dort gegenüber dem Vormonate verschlechtert, da die Garnverbraucher noch billigere Garnpreise erwarten.

In den Baumwollwebereien war die Beschäftigung befriedigend, doch etwas schwächer als im Vormonate, da die im Herbst erteilten Frühjahrsaufträge nahezu erledigt sind.

Die sächsischen Bigognepinnereien hatten normal zu tun. Die Betriebe der Kammgarnspinnereien waren annähernd voll beschäftigt, doch etwas schwächer als um die gleiche Zeit des Vorjahres, was sich in dem Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter ausdrückt.

In der Wollweberei war der Geschäftsgang nach einem Berichte des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien ziemlich lebhaft. Die Monate Dezember bis März bilden die lebhafteste Geschäftszeit in diesem Gewerbebezirke, wozu nicht unwesentlich die nahe Osterzeit und der hierfür besonders starke Bedarf an Konfirmationsstoffen beiträgt. Die Tuchfabriken hatten normale Beschäftigung.

In der Wollwarenfabrikation war gegenüber dem Vormonate nach einem Berichte des Verbandes sächsischer Textil-Industrieller keine wesentliche Veränderung zu verzeichnen.

Die sächsische Leinenindustrie konnte über gute Arbeitslage berichten.

In der Krefelder Seidenindustrie war die Beschäftigung bei fückgefärbten Artikeln im Berichtsmonte sehr lebhaft, doch hat sie bei stranggefärbten Artikeln etwas nachgelassen. Bei den Samt- und Samthandwebereien blieb dagegen der Absatz sehr gering.

In Strickgarnen war das Geschäft ziemlich ruhig. In Strick- und Wirkwaren war der Geschäftsgang befriedigend. Die kalte Witterung verurachtete einen nachträglichen regeren Absatz in Winterwaren. Die Trikotwarenfabrikation hatte gut zu tun.

In der Stickerei- und Spitzenindustrie war nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Stickerei- und Spitzenfabriken die Arbeitslage etwas abgeschwächt und schlechter als im Vormonat und Vorjahr, was auf den Wechsel der Mode sowie den Balkankrieg und die allgemeinen politischen Verhältnisse zurückgeführt wird. Es mußte in den Stickereien und Zeichnerien die Arbeitszeit verkürzt werden.

Die Hanfspinnereien, Zwirn- und Bindfadenfabriken hatten befriedigenden Geschäftsgang.

In den Kopphaarspinnereien hat sich nach einem Berichte der deutschen Kopphaarspinner die Lage gegen den Vormonat noch mehr abgeschwächt, was auf die politischen Verhältnisse zurückgeführt wird. Es haben Verkürzungen der Arbeitszeit stattgefunden.

Die Druckereien, Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten waren nach Berichten aus Brandenburg und dem Rheinland gut beschäftigt. Es wurden dort zu Anfang des Jahres Lohnhöherungen vorgenommen. Dagegen klagt das Syndikat der Stoffdrucker von Mülhausen und Umgebung über ungenügende Beschäftigung, die ihre Ursache hauptsächlich in der politischen Lage habe.

6 Firmen der Textilindustrie berichteten über eine Arbeiterzahl zu Ende Januar von 6785 gegen 6395 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 5,05 v. H. ergibt.

Aus der Textilindustrie berichten 448 Betriebskrankenkassen mit 96217 männlichen und 113380 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Januar 1913 ergab sich am 1. Februar 1913 eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke um 308 männliche und 303 weibliche Mitglieder.

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

	Mitgliederzahl	Dezbr. 1912	Dezbr. 1911	Novbr. 1912
Textilarbeiter (G.)	142883	1,0	0,8	1,4
Textilarbeiter (Ch.)	39726	1,1	0,9	2,2
Textilarbeiter (S.-D.)	6225	0,2	1,1	1,2

Aus dem Verbandsgebiete.

Mitglieder, kauft „Berlepsch-Marken“!

Am 30. März feiert Freiherr von Berlepsch seinen 70. Geburtstag. Unsere Mitglieder wissen, was die Arbeiter an diesem Manne haben. Er ist der Bahnbrecher und unermüdbliche Förderer der deutschen Sozialpolitik, der Pionier des sozialen Fortschritts. Als Staatsminister hat er trotz aller Widersacher seine besten Kräfte und seinen ganzen Einfluß für eine großzügige und durchgreifende staatliche Sozialpolitik eingesetzt. Ihm war es dabei nicht in erster Linie um die Bekämpfung einer politischen Partei zu tun, er hat Sozialpolitik gefordert aus

uneigennütigen Gründen, um der Sache selbst, um der Arbeiter willen, weil er die soziale Reform als eine staatliche und sittliche Pflicht erkannt hatte. Und als er dem industriellen und landwirtschaftlichen Scharfmachertum zum Opfer gebracht wurde, da hat er sich nicht zurückgezogen und andere arbeiten lassen, er ging mit verstärkter Kraft und verdoppeltem Mut an die Arbeit; er trug das Banner der sozialen Reform nun erst recht dem Volke voran.

Was ist Berlepsch ferner unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung? Wie er zu uns steht, das hat er wiederholt in Versammlungen ausgesprochen, das hat er namentlich auf unseren Kongressen mit großem Freimuth bekannt. Zu einer Zeit, da die Anwürfe auf unsere Bewegung hagelnd herniederregneten, als durch päpstliche und bischöfliche Kundgebungen und Erklärungen sich in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein Wirrwarr breit machte und viele an unsere Ehrlichkeit zu zweifeln begannen, da stellte er sich hin und sagte: Ich vertraue euch! Ich habe nie an eure Selbständigkeit und Unabhängigkeit gezweifelt. Ich weiß, daß ihr keine Zentrums-Gewerkschaften seid. Das war damals in Dresden auf dem Kongress ein erhebendes Bekenntnis.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, der auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit angeschlossen sind, hat sich dahin geeinigt, daß aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres verdienten Vorsitzenden ein Berlepschfonds gebildet werde. Einem ausdrücklichen Wunsche des Herrn von Berlepsch entsprechend, soll dieser Fonds nicht gebildet werden aus größeren Zumdungen aus den Hauptklassen der angeschlossenen Organisationen, sondern aus vielen kleinen Scherflein der Angehörigen jener Verbände und Organisationen, die die Gesellschaft für Soziale Reform bilden. Die Bildung des Fonds soll in der Weise vor sich gehen, daß in allen Ortsgruppen Marken mit dem Bildnis des Freiherrn von Berlepsch zum Preise von 10 Pf. verkauft werden.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Mitglieder sich nach Kräften an der Bildung des Berlepschfonds beteiligen, gilt es doch einerseits einem Manne Dank und Anerkennung zu zahlen, der sich als unermüdblicher Vorkämpfer für sozialem Gebiete ein unvergängliches Denkmal in unser aller Herzen gesetzt hat und andererseits sein Werk, dessen Früchte uns in hervorragendem Maße zugute kommen, dauernd sicherzustellen. Die Männer in hervorragenden Stellungen, die sich für die wirtschaftlich Schwachen einsetzen, haben vielfach ein wahres Martyrium zu ertragen. Neben dem Grafen von Posadowsky war feinerzeit Freiherr von Berlepsch in noch stärkerem Maße einer von allen Reaktionen befreite Persönlichkeit. Und ist es nunmehr, zu zeigen, daß Dank und Anerkennung bei den christlichen Gewerkschaften noch keine verblähten Tugenden sind. Nur eine Klasse, die verdienstvolle Männer zu ehren weiß, wird auf die Dauer jene Charaktere und Persönlichkeiten finden, die sie in ihrem Emporsteigen bedarf.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Drehell.

Erfolgreicher Streik. Der Streik der Gummiwandweber der Firma Kamecker & Co. ist nach 14wöchiger Dauer durch Entgegenkommen beider Teile erledigt worden. Der Erfolg wird mit 2 M. pro Weber und Woche nicht zu hoch gegriffen sein. Die Größe des Erfolges liegt hauptsächlich darin, daß anstelle des unregelmäßigen ein geregelter Lohnsystem eingeführt wurde. Früher wurde alles gleich entlohnt, ob die Ware mit 92 oder 120 Schuß verwebt wurde. Heute hat die Arbeiterschaft einen Normallohn, nach 100 Schuß berechnet, der nach Steigen oder Fallen der Schußzahl sich erhöht oder erniedrigt.

Wichtig ist in Zukunft bei Differenzen eine Verständigung möglich sein, ehe beide Teile ihre Kräfte im Streik erprobt haben, weil dieses im Interesse beider Teile gelegen ist.

Sommerfeld.

Zummielich schlechte Arbeitsverhältnisse. Sommerfeld, ein Städtchen in der östlichen Niederlausitz mit ca. 14-1500 Textilarbeitern, hat eine gewisse Bekanntheit dadurch erlangt, daß dort so außerordentlich niedrige Löhne gezahlt werden. Löhne von 5, 6 und 7 Mark die Woche für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen rechnen nicht zu den Seltenheiten. Die Hauptnahrung der dortigen Arbeiterschaft besteht aus Kartoffeln und Leinöl, aber wohl dem, der noch immer in der Lage ist, sich diese Nahrung zu verschaffen. Kein Wunder also, daß so viele Arbeiter den Stand Sommerfelds von ihren Häfen schätzeln, um sich anderwärts bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu suchen. Die Folge davon ist, daß den Fabrikanten in Zeiten gut gehender Konjunktur diejenigen Arbeitskräfte fehlen, die sie zur Herstellung ihrer Aufträge notwendig haben. Auf Bezug von auswärtigen Frauen die Sommerfelder Fabrikanten nicht rechnen. Sollte sich mal jemand des Abends nach dort verirren, so wird er, sobald es Tag wird und er von den dortigen Verhältnissen erfahren hat, Sommerfeld sofort den Rücken kehren.

In den letzten Jahren war es den Sommerfelder Textilarbeitern auch nicht möglich, irgend etwas zur Verbesserung ihrer Lage zu tun, da die Textilindustrie sehr darnieder lag. Einzelne Arbeitgeber gingen sogar, trotz der traurigen Lage, noch dazu über, Lohnreduzierungen vorzunehmen. Daß die Behandlung der Arbeiter von Seiten der Angestellten in dieser Zeit keine bessere wurde, braucht nicht erst gesagt zu werden. Kein Wunder also, daß bei eintretender guter Konjunktur bei den Arbeitern der Gedanke nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage immer lebendiger wurde.

Es war im letzten Viertel des verflohenen Jahres, als in Sommerfeld ein kaum mehr erwarteter guter Geschäftsgang einsetzte. Ueberhanden mußten gemacht werden, ja, teilweise wurde halbe Nächte hindurch

gearbeitet, ohne den Arbeitern eine Extra-Vergütung für Überstunden zu zahlen. Man versuchte, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuziehen, aber vergebens; denn kaum glaubte man, welche fest zu haben, so griffen dieselben wieder zum Wanderstab und sagten Sommerfeld Lebewohl. Als die Fabrikanten sahen, daß sie auf diese Weise nicht zum Ziele kamen, d. h. keine Weber erhalten konnten, bot man jedem eine Belohnung von 1-3 Mark an, der einen Weber mitbringen würde. Aber alle Bemühungen waren vergebens; keiner wollte sich in dem Eldorado der Nieder-Lausitz für dauernd niederlassen. Aber etwas anders wurde erreicht, die Textilarbeiterchaft von Sommerfeld erwachte aus ihrem „Winterschlaf“, und plötzlich durchsuchte dieselbe der Gebirge, auch Ansprüche an ein menschenwürdiges Dasein stellen zu sollen. Die organisierte Arbeiterschaft trat nunmehr zusammen, um zu beraten, in welcher Weise dem Notstande abgeholfen werden sollte. Manche Stunde der Nachtruhe wurde geopfert, bis man sich dahin einig war, folgende Forderungen den hiesigen Arbeitgebern zu unterbreiten:

Gefordert wurden für Anknüpfen pro 100 Faden 5 Pf., bei neuem Geschirr 6 Pf.; für Einrichten pro Schaft 10 Pf. für ein Geschirr, ganz gleich wieviel Schaft, mindestens 75 Pf.; für Blattstücken bis 6000 Faden 1 M., über 6000 Faden 1.50 M.; für 1000 Schuß eine Wohnzulage von 2 Pf., in denjenigen Betrieben, wo nach Stück bezahlt wird, pro Stück eine Zulage von 1.50 M.; Stundenlohn für Weber 30 Pf., für Weberinnen 25 Pf.; Einführung von Schußuhren in allen Betrieben. Beim Bearbeiten von schlechtem Material soll der Durchschnittslohn der letzten vier Wochen gezahlt werden. In der Spinnerei wird zu dem bestehenden Mindestlohn eine Lohnzulage von 10% gefordert, als Stundenlohn für Arbeiter und Arbeiterinnen von 18-18 Jahren 25 Pf., von 18-20 Jahren 30 Pf., über 20 Jahre 35 Pf., Einführung einer einheitlichen Frühstücks- und Vesperpause von 1/2stündiger Dauer. Stundenlohnarbeiter sollen eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde, Knoterinnen, Ausnäherinnen und Klopferinnen sowie Anschläger eine Lohnzulage von 10% erhalten. Für Überstunden wird eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde bis 9 Uhr abends, 20 Pf. pro Stunde nach 9 Uhr abends gefordert. Die Arbeitszeit soll weiter sein von früh 6 1/2 Uhr bis mittags 12 Uhr und von nachmittags 1 1/2 Uhr bis abends 6 Uhr, Sonnabends jedoch von morgens 6 1/2 Uhr bis nachmittags 2 Uhr einschließlich einer halbstündigen Pause; die Lohnzahlung soll vor 2 Uhr erfolgen. Arbeiterauschüsse sollen nach den Vorschriften der Gewerbeordnung von den großjährigen Arbeitern gewählt werden.

Daß diese Forderungen ohne weiteres als berechtigt anerkannt werden müssen, wird jeder zugeben, der die hiesigen Verhältnisse kennt. Beträgt doch der Durchschnittslohn hier selbst 12 Mark und einige Pfennige. Das Anknüpfen oder Andrehen der Ketten wird mit 2-3 Pf. pro 100 Faden vergütet. In einzelnen Betrieben hält man es überhaupt für überflüssig, irgend welche Vergütung dafür zu bezahlen. Geschirreinrichten (Kamm-aufhängen) und sonstige Nebenarbeiten betrachtet man überhaupt als in den hohen Lohn von 8, 9 bis höchstens 10 Pf. pro 1000 Schuß mit einbezogen. Stundenlöhne von 17, 18 bis 23 Pf. für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen werden den teuren Lebensverhältnissen von Sommerfeld als entsprechend angesehen. Selbst eine Frühstücks- und Vesperpause wird von den dortigen Unternehmern als eine unnötige Einrichtung betrachtet.

Da mehrfache Verhandlungen der Fünfer-Kommission mit dem Sommerfelder Fabrikantenverein zu keinem befriedigenden Resultat führten, so reichten die Spinner in allen Betrieben und in mehreren größeren Betrieben die gesamte Arbeiterschaft im Einverständnis der drei beteiligten Organisationen am Mittwoch, den 19. Februar, schriftlich ihre Kündigung ein.

Nach wie vor lehnt der Fabrikantenverein von Sommerfeld die gestellten Forderungen ab. In der letzten Sitzung des Fabrikantenvereins wurde beschlossen, eine allgemeine Lohnerhöhung von 5% vom 1. April d. J. ab, wo nicht besondere Abmachungen getroffen sind, einzutreten zu lassen. Ferner sollen Weber und Weberinnen vom 1. Januar 1914 eine weitere Lohnerhöhung von 5% bekommen.

Mit diesen Zugeständnissen befaßte sich die am Donnerstag, den 20. Februar, im Lokale „Zum Kurfürsten“ stattgefundene öffentliche Versammlung. Da die Zugeständnisse als nicht befriedigend angesehen werden konnten, so schlugen die Vertreter der drei Organisationen den Veranlassungen folgende Resolution vor:

Die am 20. Febr. 1918 im Kurfürstensaale versammelten Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Sommerfeld haben von der am Dienstag, den 18. Febr. 1918, im „Goldenen Engel“ stattgefundenen Verhandlung der Fünferkommission der Arbeiterschaft mit dem hiesigen Fabrikantenverein Kenntnis genommen. Die Arbeiterschaft bedauert, daß es zu einer beide Teile befriedigenden Lösung der schwebenden Lohnfrage in dieser Sitzung nicht gekommen ist. Der Bericht der Fünferkommission läßt die Frage offen, ob die Herren Unternehmer den Umfang und den Grad der Differenzen in allen ihren Teilen erkannt haben. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die von der Arbeiterschaft gestellten Forderungen, abgesehen von einigen, die von der Arbeiterschaft zurückgezogen worden sind, in einer großen Reihe von Industriezweigen bestehen. Wenn die Herren Unternehmer der Arbeiterschaft gegenüber dies in Abrede stellen, so weisen wir nach wie vor darauf hin, daß sich mehrere Behauptungen auf eingehende Information stützen. Das Angebot der Unternehmer, eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 5% vom 1. April 1918 und eine weitere Erhöhung von 5% für die Weber und Weberinnen vom 1. Jan. 1914 einzutreten zu lassen, kann als eine befriedigende, den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Lösung der schwebenden Differenzen nicht betrachtet werden. Wie schon zu wiederholten Malen, so weisen wir auch jetzt nochmals auf die im Laufe der letzten Jahre eingetretenen Löhnerhöhungsverhältnisse hin und sehen in dem uns übermittelten Vorschlägen keine genügende Gegenleistung gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebensmittel. Aus diesen Erwägungen heraus und auf Grund der in der Arbeiterschaft vorhandener Auffassung, daß die Herren Unternehmer bei der Prüfung der eingereichten Forderungen es an jenem Wohlwollen fehlen lassen, die eine schwer um ihre Erfüllung ringende Arbeiterschaft von ihren Arbeitgebern verlangen darf, haben die Arbeiter in mehreren Betrieben die Kündigung eingereicht.

Die Arbeiterschaft ist jedoch nach wie vor bereit, mit den Herren Arbeitgebern durch die Fünferkommission in weitere Unterhandlungen einzutreten, um auf Grund der eingereichten Forderungen die schwebenden Differenzen in friedlicher Weise zu beseitigen.

Da alle Diskussionsredner sich mit der vorgeschlagenen Resolution einverstanden erklärten, gelangte dieselbe auch einstimmig zur Annahme.

Die Kündigungszeit geht, da in Sommerfeld die acht-tägige Kündigung besteht, mit Mittwoch, den 26. Februar, zu Ende. Sofern bis dahin keine Einigung zustande kommt, sind die Arbeiter entschlossen, die Betriebe zu verlassen, um die Fabrikanten durch einen Kampf zu zwingen, den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.

Von Seiten der Arbeiter ist alles geschehen, um die Angelegenheit auf friedlichem Wege aus der Welt zu schaffen. Noch in der letzten Versammlung wurde ausdrücklich betont, daß die Fünfer-Kommission zu jeder Zeit bereit ist, auf Grund der eingereichten Forderungen die schwebenden Differenzen in friedlicher Weise zu beseitigen. Die Arbeitgeber haben es nunmehr in der Hand, dem Kampfe vorzubeugen, sollten sie es aber anders wollen, so wird man die Arbeiter gerüstet finden.

Aus unseren Bezirken.

Arbeiterinnenagitation im Bezirk Aachen.

Für die Woche vom 20. bis einschließlich 26. Januar war im Bezirk Aachen eine größere Arbeiterinnenagitation. Es waren Versammlungen angelegt für die Orte Brand, Baals, Burtscheid, Eupen, Haaren, Aachen und Würfelen.

Die Versammlung in Brand verlief sehr schön. Der Besuch der Frl. Oberlehrerin, die den Kolleginnen als vertraute Führerin und leuchtendes Vorbild bekannt ist, wurde freudig begrüßt. Dann war es die Schar der jugendlichen Arbeiterinnen, welche der Versammlung das Gepräge gaben. Der gute Besuch und auch die Aufmerksamkeit der Anwesenden galten auch einer Kollegin, die Abschied nahm. Die betreffende Kollegin gehörte mehrere Jahre dem Vorstande an; sie hat jederzeit fleißig für unseren Verband gewirkt und war in ihrem Betrieb eine der tüchtigsten Arbeiterinnen. Nunmehr hat sie sich dem Ordensstande (Krankenpflege) zugewandt. Die Abschieds- und Dankesmorte, die Bezirksleiter und Ortsgruppenvorstand der Scheidenden aussprachen, waren so recht am Platze. In einer persönlichen Unterredung sagte die Kollegin noch zur Schreiberin dieses: „Schon lange, bevor ich in den Verband eintrat, habe ich diesen Beruf gewählt“. Was ist dieser Worte Sinn? Diese Kollegin ist aus Idealismus in den Verband eingetreten. Das muß besonders hoch angerechnet werden.

Die Ortsgruppe Baals hatte für die Kolleginnen speziell einen Unterrichtskursus eingerichtet. Die wichtigsten Fragen des volkswirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lebens wurden da behandelt. Der letzte Abend hatte den Zweck, die Kolleginnen zur praktischen Betätigung des Gehörten anzuspornen. Auch in Baals gibt es noch Gelegenheit zum Agitieren.

Burtscheid trat mit einem Arbeiterinnenabend auf den Plan. Es war ein glücklicher Gedanke, den Arbeiterinnen einmal Verschiedenes auf einer gewerkschaftlichen Veranstaltung zu bieten. Dieser Gedanke hat sich dadurch verwirklichen lassen, daß der Gesangchor der Jungfrauenkongregation in Aktion trat. Außer herrlichen Liedern kamen auch Deklamationen zum Vortrag. Das Referat zeitigte eine gute Diskussion, an der sich auch ein Vertreter der erschienenen Geistlichkeit beteiligte. So verlief der Burtseider Arbeiterinnenabend äußerlich würdig und harmonisch. Die rührige Vorsitzende der Arbeiterinnenkommission konnte mehrere Neuaufnahmen verzeichnen.

In Eupen fand die Generalversammlung statt; zu derselben war eine größere Anzahl Kolleginnen erschienen als zu den sonstigen Veranstaltungen. Doch wäre es im Interesse der gewerkschaftlichen Schulung wünschenswert, wenn die Scheu vor dem Versammlungsbesuch noch mehr abgeklafft würde. Daß die drei aus dem Vorstande ausscheidenden Kolleginnen wiedergewählt wurden, beweist das große Vertrauen und das Ansehen, das dieselben genießen.

In Haaren fand eine Fabrikversammlung mit Hindernissen statt. Da hatte sich nämlich eine Meisterin am Eingang zum Lokal postiert, um diejenigen zu sehen, welche die Versammlung besuchten. Die Arbeiterinnen haben sich aber trotzdem nicht abhalten lassen, von ihrer Freiheit Gebrauch zu machen. Es wäre jedenfalls am besten gewesen, wenn die Frau Meisterin selbst die Versammlung besucht hätte; dann wäre sie davon überzeugt worden, daß die Gewerkschaft die A u r t i k ä t nicht gefährdet; ferner dürfte es ihr dann klar geworden sein, daß die Arbeiterinnen ein gesetzliches Recht haben, sich zu organisieren.

Von Aachen kann gesagt werden, daß der Versammlungsbesuch nie so gut war, wie es diesmal der Fall war. Daß viele Fähigkeiten in unseren Kolleginnen schlummern, bewies die umfangreiche und vielseitige Diskussion. Die Anwesenden waren offensichtlich von dem Willen durchdrungen, in Zukunft mehr als bisher das Verbandsleben zu pflegen. Zu diesem Zweck wurde denn auch eine Institution eingerichtet, der sich sogleich acht Kolleginnen angeschlossen. Sicher ist, daß sich die Aachener von keiner anderen Arbeiterinnenkommission übertreffen lassen will an praktischer Arbeit.

Höchst erfreulich war der Besuch der Versammlung in Würfelen; es waren dazu nicht nur Textilarbeiterinnen, sondern auch Tabak- und Metallarbeiterinnen erschienen. Das gewerkschaftliche Leben macht dort schöne Fortschritte. Ueber die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind verschiedentlich Klagen laut geworden. Es ist eben eine alte Geschichte, daß unorganisierte Arbeiter unter den

ungeregeltesten Bedingungen stehen. Die Einhaltung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit läßt nach mancher Richtung hin zu wünschen übrig. Einmal ist es die Kurzfristigkeit der Arbeiterinnen, die mit Verantwortlichkeit zu machen ist; denn sonst würden sie sich die paar Groschen Mehrverdienst nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, sondern durch gewerkschaftliche Arbeit verschaffen wollen. Ein andermal fehlt die Beaufsichtigung während der Pausen; es wird durchgearbeitet. Dann gibt es auch Vorgesetzte, die es zulassen, ja teils direkt befehlen, daß mittags durchgearbeitet wird! Da geizt sich der energische Hinweis, daß unser gesetzlicher Arbeiterinnenschutz geschaffen wurde, um beachtet zu werden; gegen jede Nichterhaltung müssen wir uns zur Wehr setzen.

Was die Löhne anbetrifft, herrscht in manchen Betrieben und verschiedenen Abteilungen noch ziemlich viel Verwirrenheit. Leider scheinen viele Arbeiterinnen zu glauben, das könnte gar nicht anders sein. Und doch handelt es sich in den meisten Fällen nur um das ernsthafte Wollen, um die Mitwirkung in der Berufsorganisation — und das Hebel kann behoben werden. Es ist dazu wahrlich höchste Zeit! Denn, wenn gesagt wird, daß die Stöpperinnen z. B. heute 70 Pf. bekommen für ein und dieselbe Arbeit, die „früher“ mit 1,80 M. bezahlt wurde, so ist der Beweis erbracht, wie viele Berufsinteressen verjährt worden sind.

Alles in allem: der christliche Legilarbeiterverband will, wie bisher, so auch ferner die Interessen der Kolleginnen wahrnehmen. Daß er es überall und jederzeit tun kann, hängt aber auch zum Teil von den Arbeiterinnen selbst ab.

Deshalb wollen die Organisierten — im Interesse aller — nicht ruhen und rasten, bis alle Arbeiterinnen dem christlichen Verbands angegeschlossen sind. F. S.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Krankentagg. Das Bezirksratell der christlichen Gewerkschaften für Nachen und Umgegend hatte in Verbindung mit der Arbeitervertretervereinigung und dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 16. Februar, morgens 10 1/2 Uhr im Prinzenhof in Nachen einen Krankentagg für den Regierungsbezirk Nachen einberufen. Alle Krankentassen des Bezirks waren vertreten, auch die eingeladenen Gäste und sonst Interessierte waren zahlreich erschienen, sodaß der Saal im Prinzenhof bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Nachdem der Vorsitzende, Kollege Gwald Weber, die Anwesenden begrüßt und den Zweck der Tagung erläutert hatte, erteilte er das Wort dem Reichstagsabgeordneten, Kollegen Job. Becker-Ursberg, welcher in beifällig aufgenommenem Vortrage die Situation unserer Krankentassen nach dem Wortlaute der neuen Reichsversicherungsordnung schilderte. Die Punkte, Erweiterung des Versicherungskreises (7 000 000 neue Versicherte), erheblich verbesserte Kassenleistungen, das neueregete Verhältnis zu den Ärzten nach § 170 des Gesetzes und die gesetzlichen Bestimmungen über Abgrenzung und Zentralfikation der Krankentassen, stellte der Redner in den Vordergrund, sodaß über diese Fragen Klarheit geschaffen wurde.

Danach bekam Gesamtverbandssekretär, Kollege Fritz Balthus-Köln das Wort, um durch ein überzeugendes Referat die Notwendigkeit des neugegründeten Gesamtverbandes deutscher Krankentassen und den Anschluß an denselben zu begründen.

Dieser Verband zählt jetzt schon nahezu 1/2 Million Mitglieder, damit ist seine Existenzberechtigung gegeben, insbesondere wo noch 12 Millionen Versicherte zu erfassen sind. Derselbe steht auf nationalem Boden und umfaßt die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, auch der Vorstand ist so zusammengesetzt. Das Organ, „Die Krankenversicherung“, dem tüchtige Fachmänner als Mitarbeiter zur Seite stehen, erscheint seit dem 1. Januar 1918 und kann nicht warm genug empfohlen werden. Aufbau, Ziel und Zweck des neugegründeten Verbandes garantieren demselben eine Zukunft, vorausgesetzt daß alle Krankentassen, die bis jetzt noch eine abwartende Stellung eingenommen haben, ihren Anschluß perfekt machen. Wenn auf der anderen Seite Ärzte, Apotheker, Drogenhändler, Dentisten, Zahntechniker usw. über starke Organisationen verfügen, so ist das für die Krankentassen eine selbstverständliche Pflicht, besonders wo der Anschluß pro Kopf und Jahr nur einen Pfennig kostet. Augenblicklich sind ja in Preussenschen Verbände, der wegen seines sozialdemokratischen Charakters ziemlich einflußlos geworden, 4 1/2 Millionen und in dem Betriebskrankentassenverbände 2 Millionen Versicherte zusammengeschlossen. Mindestens 12 Millionen stehen noch abseits, das ist das Arbeitsfeld des neugegründeten Verbandes, der seinen Sitz in Essen und seine Geschäftsstelle in Köln, Eintrachtstraße 147, hat.

Nachdem der Vorsitzende unter dem Beifall der Anwesenden den beiden Rednern gedankt und eine rege Diskussion stattgefunden, sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Job. Becker das Schlusswort. Die Tagung schloß mit dem Danke des Vorsitzenden an die Anwesenden und mit dem Wunsche, die gegebenen Anregungen zu Gunsten der Versicherten in die Tat umzusetzen.

Augsburg. Eine „maschinenmäßige“ Rechnung bringt in Nr. 7 „Die Wehr“, das Organ der Augsburger „Gelben“, über die Entwicklung der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands. Es wird in diesem Artikel „zahlenmäßig“ nachgewiesen, daß die „Gelben“ in den letzten Jahren von allen Organisationen den größten Prozentsatz an Zunahme zu verzeichnen haben, daß die „Stich-Dummkäse“ bereits überholt sind, und so heißt es wörtlich weiter, „daß die Gelben bereits in zwei bis drei Jahren die nicht konfessionell getrennten Gewerkschaften und in drei bis vier Jahren auch die katholischen Organisationen überholt haben. Damit würden also etwa im Jahre 1917 die Gelben bereits an zweiter Stelle marschieren, und nun würde erst der Kampf der nationalen gegen die antinationalen Gewerkschaften mit aller Macht einsetzen. Setzt man auch weiterhin diese Zahlen zugrunde, dann sieht man, daß in 17 Jahren die „Gelben“ an der Zahl härter wären als die sozialdemokratischen Gewerkschaften. . . . Bei einigermaßen energischer Unterstützung der „Gelben“ durch die Unternehmer werden nicht nur alle christlichen Gewerkschaften in das Lager der Gelben herüberzuziehen sein, sondern es werden aus den Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften viele — viel mehr als unsere Politiker glauben — mit Freuden dem dort herrschenden Terrorismus Balet fagen und in die nationalen Reihen herüberkommen. Sache der

Unternehmer wird es nun sein, die Werkvereine mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und zu fördern.“ — Dieses Dokument ist überaus wertvoll. Hier werden also die Arbeitgeber aufs neue aufgefordert, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, die Arbeitererschaft zu verfolgen. Das ist durchaus nichts Neues, das ist auch seither schon geschehen, wenn auch nicht durch die Arbeitgeber selbst, so doch durch deren Organe, wobei insbesondere der „feine“ Terrorismus eine Hauptrolle gespielt hat. Es kam aber auch mit Freuden konstatiert werden, daß eine Anzahl Arbeitgeber es fürte abgelehnt haben, sich an dieser Menschenplage zu beteiligen. Zu bewundern ist dann ferner die Weisheit, mit welcher das „gelbe“ Organ von der „Aufwärtsbewegung“ der „Gelben“ erzählen möchte. Man verschweigt ganz besonders dabei, daß die Zunahme der Gelben in den letzten Jahren hauptsächlich durch Neugründungen erfolgte, daß aber dagegen die vorher bestehenden Vereine alle durchweg Stillstand und teilweise merkwürdigen Rückgang zu verzeichnen hatten. So haben z. B. die Augsburger Gelben in den letzten Jahren bedeutend abgenommen, ganz abgesehen davon, daß bei der letzten Gewerkschaftswahl in Augsburg die vermeintlichen Gelben auf die Parole der gelben Führer gestiegen haben und fast samt und sonder in das sozialdemokratische Lager abgeschwenkt sind. Ein geradezu lächerliches Gefändnis finden wir aber in dem „Wehr“-Artikel, daß auch die katholischen Organisationen durch die Gelben niedergedrungen werden sollen. Wir hoffen bestimmt, daß die Kriegserklärung der Gelben gegen die katholischen Vereine allen Mitgliedern derselben endlich die Augen öffnen wird. Hier wird mehr als deutlich gesagt, daß auch die Weltanschauungsfrage in den Bereich der gelben Idee hineingezogen werden soll. Es ist eigentümlich, bei den evangelischen Arbeiterinnen, die doch auch in der gelben Statistik aufgezählt sind, ist von keiner Ueberholung und Bekämpfung ein Wort gesagt. Wir nehmen an, daß das in der „Wehr“ nicht etwa übersehen worden ist, nein, da liegt Verrechnung drinnen. Darum katholische Arbeiter, wacht auf, denn es gilt, den Selbsterhaltungstrieb zu betätigen. Die gelben Vereine sind zum Schaden der Arbeiterschaft gegründet und zum Schaden der Arbeiterschaft arten sie auch aus. Und wer sich daran beteiligt, der begeht Verrat an sich selbst und an dem ganzen Arbeiterstande. Für die katholische Arbeiterschaft gilt deshalb die alte treudewährte Parole: Stärkung der katholischen Vereine und Stärkung der christlichen Gewerkschaften. Dann mögen die gelben Drahtzieher nach ihrem Belieben Luftschlösser bauen.

Bamberg. Gauftadt an das Bamberger Gewerbegericht angegeschlossen. Schon im Jahre 1907 wurde von der Arbeiterschaft der Nach. Spinnerei und Weberei Gauftadt an die Gemeindeverwaltung der Untergauftadt gestellt, für ihren Gemeindebezirk ein Gewerbegericht zu errichten oder, falls der Verwirklichung eines solchen Planes für Gauftadt selbst unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen sollten, den Anschluß an das Gewerbegericht Bamberg zu vollziehen. Die Gemeindeverwaltung lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung, daß der Antragsteller nicht im Namen der gesamten Arbeiterschaft sprechen könnte, sondern als Vorsitzender des christlichen Legilarbeiterverbandes Bamberg höchstens für einen kleineren Prozentatz der hiesigen Arbeiterbevölkerung.

Daraufhin wurde in gleicher Angelegenheit von den Arbeitern ein Gesuch an das königliche Ministerium des Innern in München eingereicht mit der Bitte, das königliche Ministerium möge auf die Gemeindeverwaltung von Gauftadt einwirken, daß am dortigen Orte ein Gewerbegericht errichtet werde. Auch dieses hatte keinen Erfolg.

Schon manche Mark Wapregelungsunterstützung ist wegen dieser Angelegenheit von Seiten unseres Verbandes an Kollegen ausgezahlt worden, weil sie für das Gewerbegericht kämpften, dann dadurch in Ungnade beim Unternehmer versetzten und auf die Strafe gesetzt wurden. Es blieb also den Arbeitern nichts anders übrig, als zunächst dafür zu sorgen, daß sie eine Vertretung in der Gemeinde erhielten, die mehr soziales Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft an den Tag legte und, unabhängig von der Firma, die Interessen der Bürger vertreten konnte. So wurden denn im vorigen Jahre Leute in den Gemeinderat gewählt, die auch die Wünsche der Arbeiterschaft zu berücksichtigen versprachen. Nachdem die Firmenvertreter durch die Wahl aus dem Gemeinderat entfernt worden waren, ist auch das früher Unmöglichkeit zur Tatsache geworden.

In einer von unserer Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Versammlung, an der auch mehrere Gemeinderatsmitglieder teilnahmen, wurde erneut der Antrag angenommen, an die Gemeinde Gauftadt den Antrag zu stellen, die Gemeinde Gauftadt an das Bamberger Gewerbegericht anzuschließen. Der Gemeinderat stimmte diesem Antrag zu und der Magistrat in Bamberg hat ebenfalls diesem Antrag entsprochen.

So ist denn dieser langersehnte Wunsch der Gauftadter Arbeiterschaft in Erfüllung gegangen. Es liegt nun an der Arbeiterschaft, dieser neuen Einrichtung das nötige Verständnis entgegenzubringen und aus Vorstehendem die einzig richtige Lehre zu ziehen, daß nur durch Einigkeit und Ausdauer dauernde Erfolge erzielt werden können.

Wombachbach-Baalen. Wir beabsichtigen, hier in Wombachbach-Baalen einen studentischen Arbeiter-Unterrichtskursus einzurichten. Derselbe soll in den Osterferien stattfinden. Als Unterrichtsfächer sind Rechnen und Deutsch vorgesehen. Alle weiblichen und männlichen Mitglieder unserer Ortsgruppe werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. Listen zum Einzeichnen werden von den Vertrauensleuten vorgelegt. Weiteres wird noch später bekannt gegeben.

Cottbus. Ihr feierliches Stiftungsfest feierte unsere Ortsgruppe am 22. Februar im Restaurant „Zum Stadtpark“. Gemeinsamer Gesang, ein Prolog und mehrere vom gemischten Chor des evangelischen Arbeitervereins unter Leitung ihres Dirigenten Herbst gesungene Lieder eröffneten die Feier. Dann ergriff Arbeitersekretär Spiekerkötter das Wort zu einer Ansprache, aus welcher hervorzuhelien wäre, daß unser Verein kein Vergnügungsverein sei, indem er ein Glied des Verbandes ist, der sich die Aufgabe gestellt hat, mit den anderen christlichen Verbänden zusammenzuarbeiten, wichtige soziale und wirtschaftliche Fragen zu lösen, um den Arbeitern ihr wirtschaftliches Los zu erleichtern und zu bessern. Trotzdem solle man am Stiftungsfest auf einige Stunden in edler Geselligkeit die Unannehmlichkeiten des Daseinstampfes vergessen. Im weiteren führte Redner aus, warum es gerade christliche Gewerkschaften geben müsse und wie sie entstanden seien. Ferner suchte er zu zeigen, daß die christlichen Gewerkschaften den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen und ihre Bestrebungen im Rahmen des Allgemeinwohls sich bewegen. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staate sei Hebung der Arbeiterklasse auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung — Ablehnung des Klassenkampfes. Die christlichen Gewerkschaften wollen nicht nur dem Arbeiter, sondern dem Volksgangen nützende wichtige Kulturarbeit leisten. Trotz der materiellen Ziele birgt

unsere Bewegung keine Gefahr für die höheren idealen Güter in sich. Nach der Pause und dem gemeinsamen Gesang eines Liedes ergriff der Bezirksvorsitzende Sparenberg das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er warf einen kurzen Blick auf die Zeit vor 100 Jahren und daran anschließend überreichte er der Kollegin Maria Müller das Buch „Einführung in die Arbeiterinnenfrage“, von Frau Elisabeth Gnaud-Kühne und dem Kollegen Karl Thome das Buch „Die moderne Arbeiterjugend“ von Hagenstein im Namen der Ortsgruppe für treue und eifrige Mitgliedschaft, worüber beide hoch erfreut waren. Die humoristischen Vorträge, schöne Lieder des gemischten Chores, ein Theaterstück „Schelmenstreiche“ fanden herzlichen Beifall bei den Zuhörern und trugen sehr zur wohlgeleiteten Feier bei. Möchte diese Veranstaltung dazu beigetragen haben, unsere Mitglieder zum treuen Festhalten an Verbands und zu treuer und freudiger Mitarbeit für denselben veranlassen.

Zulba. Unsere ordentliche Generalfammlung wies erfreulicherweise einen verhältnismäßig guten Besuch auf. Nach Abfinden des Verbandsliedes erfolgte die Erstattung des Geschäfts- und Tätigkeitsberichts vom vergangenen Jahre, der insofern kein besonders erfreuliches Bild bot, als es im vergangenen Jahre nicht gelungen ist, die hauptsächlich infolge der Hausagitation vor zwei Jahren neu gewonnenen Mitglieder auch zu halten. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Jandt nahezu einstimmig als erster Vorsitzender gewählt. Dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Alt, der infolge seiner neuen Berufstellung das Mandat nicht mehr annehmen konnte, wurde für seine selbstlose und vorbildliche Führung der Ortsgruppe Dank und Anerkennung ausgesprochen. Als Schriftführer wurden die Kollegen Elm und Böller, als zweiter Kassierer Kollege Dähler sowie als Beisitzer die Kollegen Brähler und Andree gewählt. Sodann hielt Herr Volksvereinssekretär Frank einen sehr belehrenden Vortrag über das Thema: Die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung. An Hand eines ausführlichen Zahlenmaterials schilderte der Redner zunächst die materiellen Erfolge, welche uns die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und unser christlicher Legilarbeiterverband im besonderen gebracht haben. Weiter legte er dann klar, wie die christlichen Gewerkschaften den Arbeiter aus dem Niveau des Alltagslebens emporheben und wahre Geistes- und Herzensbildung vermitteln. Redner schloß seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag mit einem warmen Appell an die Versammelten, im Jahre 1918 eine uner-müdbliche Werbearbeit für die christlichen Gewerkschaften zu entfalten. Hierauf erfolgte noch die Gratisverlosung von sehr wertvollen sozialen literarischen Werken und dann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Jungenbroich. Unsere Generalfammlung erfreute sich eines recht guten Besuches. Sie wurde mit einem allgemeinen Liede eröffnet. Nach Erstattung des Kassensberichts und Berichterstattung durch die Revisoren, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann widmete Kollege Rosewitz unserm allbetiebten, scheidenden Vorsitzenden, Kollegen Wöll, welcher aus rüstigen Gründen sein Amt niederlegte, herzliche Dankesworte für sein langjähriges, erfolgreiches Wirken. Die darauf stattfindende Neuwahl ergab mit großer Majorität die Wahl unseres bisherigen Schriftführers, Kollege Theodor Neuß, zum Vorsitzenden. Nachdem dann noch die Wiederwahl, bezw. Neuwahl der sachungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder, sowie Revisoren und Vertrauensleute vorgenommen worden war, entspann sich unter Punkt „Verschiedenes“ eine sehr rege Diskussion über interne Ortsgruppen-Angelegenheiten.

Zittersbach (bad. Albtal). Als jüngstes Reiz im Kranze der christlich-nationalen Legilarbeiterorganisation des badischen Albtals wurde am 16. Febr. die Ortsgruppe Zittersbach gegründet. Die auflärenden Rezerate über die Notwendigkeit der Organisation hatten die Kollegin Harber-Düffeldorf, sowie Kollege Oskar Rimmels-Itzingen übernommen. Sämtliche anwesenden Legilarbeiterinnen und -Arbeiter ließen sich darauf in den Verband aufnehmen. Hierauf wurde einstimmig folgender Gesamtvorstand gebildet: 1. Vorsitzender Aug. Wöhl, Gegenheimer, 2. Vorsitzender Jul. Gegenheimer, Kassierer Wilhelm Gegenheimer, als Vertrauensmann Gustav Müller, Beisitzerinnen Emilie Karcher, Karolina Uhr. Mit dem allseitigen Wunsche, daß die junge Ortsgruppe Zittersbach wachsen, blühen und gedeihen möge, trennte man sich von einander. Auch von Langensteinbach und Spielberg waren einige tüchtige Kollegen und Kolleginnen in der Versammlung anwesend, um den Arbeitern und Arbeiterinnen von Zittersbach zu zeigen, daß man andernwärts der jungen Ortsgruppe großes Interesse entgegenbringt.

Markredwitz. Vollständige Beteiligung an der Gewerbegerichtswahl, eine Ehrenpflicht der christlich gesinnten Arbeiter. Den wiederholten angelegentlichsten Bemühungen der Arbeiterorganisationen ist es nun endlich gelungen, das auch für unsern Ort und seine nächste Umgebung ein Gewerbegericht errichtet werden konnte. Dasselbe tritt am 1. April d. J. in Kraft. Die 20 Beisitzer zum Gewerbegericht müssen zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen und durch unmittelbare und geheime Wahl gewählt werden. Die Funktionsdauer der zu wählenden Beisitzer währt bis 31. Dezember 1918. Zur Teilnahme an der Wahl der Beisitzer ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr überschritten hat und im Gewerbegerichtsbezirk wohnt oder beschäftigt ist, ohne in einer der angeführten Gemeinden einen Wohnsitz zu haben. Im letzteren Falle wird das Wahlrecht am Beschäftigungsort, sonst am Wohnort ausgeübt. Die Wahl der 10 Beisitzer aus dem Arbeitnehmerstande findet am Sonntag, den 9. März dieses Jahres, nachmittags von 2 bis 4 Uhr statt. Für diese Wahl sind folgende Wahlbezirke mit nachfolgenden Wahllokale gebildet worden: 1. Stadt Markredwitz und Gemeinde Dörfles (Rathhaus Markredwitz), 2. Gemeinde Oberredwitz (Gemeindeamtzimmer), 3. Gemeinde Leutendorf (Schulhaus), 4. Gemeinde Lorenzreuth (Schulhaus), 5. Wölfauerhammer (Gemeindeamtzimmer im Schulhaus Wölfau).

Unsere christlichen Arbeiter müssen der bevorstehenden Gewerbegerichtswahl das allergrößte Interesse entgegenbringen und sich an der Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer lebhaft beteiligen. Wir dürfen nicht schließliche durch Gleichgültigkeit und mangelnden Opferinn verschulden, daß die Beisitzerstellen zum größten Teile der Sozialdemokratie anheimfallen. Diese Partei, welche im Jahre 1890 bei Beratung des Gewerbegerichtsgesetzes gegen dieses Gesetz gestimmt hat, angeblich weil es ihren weitergehenden Wünschen nicht genug Rechnung trug, und erst bei der jüngsten Verbesserung dieses Gesetzes sich bequeme, für das Gewerbegerichtsgesetz zu stimmen, hat keine Mittel unverzucht gelassen, um andernwo bei Gewerbegerichtswahlen die Beisitzerstellen an sich zu reißen. Wenn man christlich gesinnte Arbeiter von diesen Ehrenämtern auszuschließen sucht, nur weil sie christlich und nicht sozialdemokratisch sind, so muß es gerade deshalb eine Ehrenpflicht der christlich gesinnten Arbeiter sein, dagegen ganz energig Front zu machen. Darum muß am 9. März

für alle christlich-nationalen Gewerbevereine die Parole lauten, auf zur Wahl und zur Stimmenabgabe für die Liste der vereinigten christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Vereine.

Pfaffenrot (Bad. Albis). Interessant und anregend verlief unsere gut besuchte Mitgliederversammlung vom 13. Februar. Der Vorsitzende, Kollege Schottmüller II, eröffnete und leitete die Versammlung. Kollege Oskar Kümmele-Stillingen hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Gewerkschaft und Gewerkschaftsinteressen, über die Aufgaben und Ziele des Verbandes und über Mitgliederrechte und -pflichten.

Rheine. „Statistik“ ist das Zauberwort der Gegenwart; zahlenmäßig muß alles nachgewiesen werden, wenn es in der Öffentlichkeit Bestand haben soll. Diesem Rechnung tragend, wurde in unserer letzten gut besuchten Mitgliederversammlung im Anschluß an die Berichterstattung über die Vorstandskonferenz in Münster, über den Wert statistischer Erhebungen referiert und beschlossen, den Mitgliedern Lohnkarten zur gewissenhaften Ausfüllung zuzustellen. Die Kinderkrankheiten in dieser Beziehung, als welches die Scheu vor Befanntwerden des rechtlich verdienten Lohnes bezeichnet wurde, müßten endgültig überwunden sein und jedes Mitglied hätte im Interesse der Arbeiterschaft die Pflicht, die Lohnkarte auszufüllen.

Verlautenheide. Meistens die bekannten alten Gesichter, die sonst in unseren Versammlungen zu sehen sind, schauten wir auch in unserer am 23. Februar stattgefundenen Generalversammlung. Es fehlten aber eine große Zahl und dennoch waren die Verhandlungen interessant. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Becker ging hervor, daß wir im Jahre 1912 von 1041,50 M. Einnahme 262,85 M. an Unterstützungen an die Mitglieder zahlten. An Stelle des Kollegen Kogel wurde Kollege Kornel Dattener einstimmig gewählt und nach einem kurzen Referat des Kollegen Hamacher beschlossen, auch jetzt sofort in die Hausagitation einzutreten.

Wiersen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Crouw (Stoffbetrieb) traten in letzter Zeit mehrfach an uns heran und führten Klage über schlechte Behandlung und hohe Abzüge. Auf einer am Dienstag, den 18. Februar, abgehaltenen Besprechungsversammlung kamen diese Klagen erst recht zum Ausdruck. Was wir dort vernahmen, war durchaus nicht danach angehen, die Angelegenheiten dieser Firma in ein günstiges Licht erscheinen zu lassen. Wir wollen jedoch vorläufig Abstand davon nehmen, alle Einzelheiten der Dessenlichkeit zu unterbreiten und hoffen, daß dieser kurze Hinweis genügt, um die Firma von dem Verbrechen ihres Vorgehens zu überzeugen. Sollte aber eine Milderung nicht erzielt werden, so werden wir eventuell andere Schritte unternehmen müssen. Auf eines wollen wir die Firma aber heute schon aufmerksam machen, nämlich, daß sie verpflichtet ist, für genügenden Schutz von Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen Sorge zu tragen. Bisheran hat es in dieser Beziehung arg gemangelt. Wenn die Schutzvorrichtungen an den einzelnen Maschinen fehlen, so ist es jedenfalls Aufgabe der Firma, für Neuanschaffung derselben zu sorgen. Auch über die Aborte sowie Ankleideräume ließe sich noch manches anführen, doch wollen wir, wie gesagt, vorläufig noch Abstand davon nehmen. Die horrenden Strafen, die über Kleinigkeiten verhängt werden, wird die organisierte Arbeiterschaft sich auf die Dauer nicht gefallen lassen; und das mit Recht.

Waffenberg. Ueber „Unsern Verband und den Zweck desselben“ hielt in unserer letzten Versammlung unser Vorsitzender einen Vortrag. Besonders die Ausführungen über die geistige und sittliche Erziehung des Arbeiterstandes wurden von der Versammlung mit großer Interesse verfolgt. Redner bewies in trefflichen Worten, daß nur der geistig und sittlich hochstehende Arbeiter hoffen könne, als gleichberechtigter mit den Angehörigen der anderen Stände anerkannt zu werden. Nachdem er dann noch einige Sätze zur den Satzungen unseres Verbandes gegeben hatte, wurde ein Antrag über die Abhaltung eines Sommerfestes angenommen. Die Versammlung schloß mit einem Appell an alle Erschienenen, eifrig mitzuarbeiten an der Ausbreitung unserer Bewegung.

Wegberg. Geträumte Hoffnung. Hier in der Nähe von Wegberg, jedoch auf dem Gebiet der Gemeinde Beez, ist vor zwei Jahren eine Baumwollspinnerei eröffnet worden, auf welche manche Arbeiterfamilien in hiesiger Gegend ihre Hoffnungen gesetzt haben. Der Begründer und erste Besitzer der Firma ist auch seiner Arbeiterschaft insofern entgegengekommen, daß er eine Lohnsowohl erhöhte, daß der Verdienst dem Verdienst für gleichartige Arbeiten in den leicht erreichbaren Städten Rheindt und Gladbach, nach wie von hiesigen Bahnhöfen aus jeden Morgen Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Arbeit fahren, annähernd gleich stand. Leider mußte der damalige Inhaber der Fabrik den Betrieb schon nach kurzer Zeit einstellen und die Arbeiter mußten sehen, wo sie Arbeit und Brot finden konnten. Sieben Monate lang lag der Betrieb still. Groß atmeten deshalb die Arbeiter wieder auf, als sie hörten, daß ein Herr Hartmann aus Bergheim im Münsterland die Fabrik angekauft hatte. Glorianten doch die Arbeiter, wieder auf der heimlichen Scholle in Arbeit zu kommen. Eine Reihe der früher in diesem Betrieb bei häufigsten Arbeiter suchte nun um Arbeit nach, wurde aber größtenteils zurückgewiesen. Diejenigen, die es Glück hatten, in die Fabrik hineinzukommen, mußten gar bald die grade nicht angenehme Erfahrung machen, daß der Verdienst in der 12-tägigen Spinnungsperiode bis zu 14 Mark niedriger ist wie in den wahren Spinnereien des hiesigen Industriegebietes.

Es ist nun leicht erklärlich, daß unter diesen Umständen die Firma um Arbeitskräfte sehr verlegen ist und die größten Anstrengungen macht, solche zu sparen oder zu bekommen. So wurden zwei Flegerinnen den Aufsteckerinnen, welche einen Tagelohn von 1,50 M. erhielten, weggenommen und mußten die Arbeit der Aufsteckerinnen mitbesorgen. Dafür erhalten sie pro Tag 41 Pfg. Um Arbeitskräfte zu bekommen, werden alle möglichen Mittel angewendet. Unter anderem sucht ein Angehender der Firma Spinnerarbeiten und Arbeiterinnen oder deren Eltern auf und sucht dieselben, resp. deren Eltern zur Arbeitsannahme bei der Firma Hartmann u. Söhne zu bewegen, was ihm auch sehr häufig gelingt. Demgegenüber aber haben bereits eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich in ihren Hoffnungen schwer getäuscht sehen, dort die Arbeit bereits wieder verlassen und andere tragen sich mit dem Gedanken, in nächster Zeit dasselbe zu tun. Will die Firma jedoch ihren Betrieb dauernd aufrecht erhalten oder gar wie erzählt wird, denselben um 45.000 Spindeln vergrößern, so wird sie sich schon dazu bequemen müssen, daß das Verdienst ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen dem Arbeitsverdienst des Gladbacher Industriegebietes gleichsteht.

Wehr. Schon kommen da und dort die ersten Knospen, die Vorboten des Frühlings, hervor. Auch wer in unserer Generalversammlung war, wird sagen müssen, daß sie eine Vorboten gewesen ist für ein baldiges Blühen unserer Ortsgruppe. Nach Bekanntgabe des Geschäftsberichtes wurde zu den verschiedensten Fragen unserer Ortsgruppe Stellung genommen. In ruhiger, sachlicher Weise legten die Diskussionredner ihre Ansichten dar, wie wir die Ortsgruppe wieder auf die alte Höhe bringen könnten. Aber nicht nur die örtliche Bedeutung der Gewerkschaft wurde hervorgehoben, sondern ein Kollege sprach über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im Allgemeinen. Wie die christlichen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter zu wahren wissen.

Wie sehr unser christlicher Textilarbeiter-Verband bemüht ist, allda mitzuwirken, wo es gilt, die Textilindustrie auf der Höhe zu halten, um so für die Textilarbeiter genügend lohnende Beschäftigung zu erhalten, wurde ausführlich dargelegt, des weiteren warf der Kollege einen Blick auf die Entwicklung unserer Ortsgruppe. Vor 7 Jahren ist sie gegründet worden und hat sich in kurzer Zeit zur stärksten Ortsgruppe in Baden emporgeschwungen. Große Opfer an Zeit, Mühe und Geld haben die Kollegen und Kolleginnen für die gute Sache schon gebracht.

Schöne Erfolge haben wir dadurch schon erzielt, das wird wohl niemand bestritten wollen. Das wir deshalb dem Pessimismus, der durch verschiedene Vorkommnisse im letzten Jahr eingerissen ist, nicht mehr länger hulldigen dürfen, hat die Versammlung gezeigt.

Briefkasten.

H. G. in Br. Wir ersuchen bald in der Flut der Generalversammlungsberichte. Schreibe einen Jahresbericht, wenn nach einigen Wochen die Flut abgelaufen ist.

D. S. in Mrg. Angaben finden Sie in der Broschüre „Das Steuerwesen in Baden“, Heft 25 der Staatsbürgerbibliothek des Volksvereins M.-Gladbach. Zu beziehen durch den Buchhandel des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Eintrachtstraße.

Anfrage. Wir erhalten folgende Anfrage: Können Sie uns mitteilen, woher man die Druckapparate beziehen kann, die zum Einbinden der Schußspulen bestimmt sind, jedoch nicht zum Einbinden in die Schützen, auf die Blechspulen, damit sie nicht leicht herunterreißen?

Vielleicht können wir aus den Kreisen unserer Mitglieder Auskunft erhalten.

H. G. in Gnd. Artikel konnte in dieser Nummer nicht erscheinen. Ist übrigens, selbst wenn wir ihn zusammenfassen, für eine Nummer viel zu lang. Er muß also getrennt werden. Also gedulde dich. Uebrigens besten Dank für die gute Arbeit. Daß öfters was von dir hören oder vielmehr lesen.

Versammlungskalender.

- Altenberg. 16. März, 11 1/2 Uhr, im Verbandslokale außerordentliche Versammlung.
- Dahlhausen (Wupper). 9. März, 2 Uhr, im Lokale Heim. Einzel.
- Derichlag. 9. März, 1/4 Uhr, im Lokale Eckenhagener Hof, Carl Wengel, öffentliche Versammlung.
- Dülkrath. 9. März, nach dem Hochamt, bei L. Foerchen, Zimmer rechts unten.
- Effeldorf. 11. März, 8 1/2 Uhr, bei Bw. Dorff.
- Eberfeld. 15. März, 8 1/2 Uhr, im Lokale Herkenrath, Klobhahn, außerordentliche Generalversammlung.
- Embsitten. 13. März, 6 1/2 Uhr, im Lokale Wilh. Saumana, M.-Gladbach-Eiken. 8. März, 8 Uhr, im Lokale Oswald Schäfer, Rathhausstraße.
- Rejuna. 9. März, 5 1/2 Uhr, im Lokale Heim. Merisch, Generalversammlung.
- Speffart (Albtal). 9. März, 1/4 Uhr, im Gasthof „Zum Strank“.
- Wieden. 9. März, 11 Uhr, im Lokale Ströben, Adlerbrauerei, Gründungsversammlung der Ortsgruppe.

Große Arbeitervertretertagungen der Versicherungsbereiter aus den Krankenkassen, Versicherungs- und Oberversicherungsämtern.

Nachmals sei auf die folgenden wichtigen Tagungen der Versicherungsbereiter aus den sozialpolitischen Institutionen hingewiesen.

Am 9. März in Gelsenkirchen, Bahnhofshotel, direkt am Bahnhof.

Am 6. April in Dortmund, Restaurant Hermann Bogell, Rinkerstraße 2.

Am 13. April in Köln im Colonialhaus, Karchenerstr. 5.

Am 20. April in Duisburg im Etablissement „Burgater“.

Reichstagsabgeordneter Kollege Becker spricht über „Die Wahlen zu den Organen der Arbeiterversicherung und der Aufbau derselben nach der Reichsversicherungs-

ordnung“. Herr Volksbureauvorsteher Dieck-M.-Gladbach und Arbeitersekretär Ubersmann-Pagen über „Die Praxis der Arbeitervertreter vor den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern unter Würdigung der wichtigsten materiellen Gesetzesänderungen“. Abdann freie Aussprache. Die Tagungen beginnen stets 1 1/2 Uhr mittags und enden so frühzeitig, daß auch auswärtige Kollegen daran teilnehmen können.

Freundlichst eingeladen sind alle Versichertenvertreter aus den Krankenkassen und Schiedsgerichten sowie die Kartell- und Zahlstellenvorstände und die Vorstände der konfessionellen Arbeitervereine.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Franziska Vreuls in Bettrath.
- Johann Kuhn in Mülhausen i. Els.
- Gustav Tümmers in Willich.
- Jakob Pfeifer in Aachen.
- Heinrich Boom in M.-Gladbach.
- Franz Schmitz in Neuwerk.
- Julius Remy in Rothau.
- Johann Pertens in M.-Gladbach.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Frost, Dr. F.: Was muß der deutsche Staatsbürger von der deutschen Landwirtschaft wissen? 8°. (121) M.-Gladbach 1913, Volksvereins-Verlag G. m. b. H. 1.20, postfrei M. 1.30.

Inhalt: Einleitung. 1. Die landwirtschaftliche Bevölkerung. 2. Besitzverteilung. 3. Arbeiterverhältnisse. 4. Klima. 5. Boden. 6. Verkehr. 7. Die Bodenproduktion. 8. Die Viehwirtschaft. 9. Landwirtschaftliche Industrien. 10. Preis- und Kapitalverhältnisse. 11. Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte. 12. Versorgung des Marktes mit Nahrungsmitteln. 13. Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft. Schluß.

Dr. Julius Frost, zurzeit landwirtschaftlicher Sachverständiger beim Kaiserlichen Generalkonsulat zu Stockholm, trat vor zehn Jahren mit einer preisgekrönten Schrift in die Öffentlichkeit, die den Titel führte: „Intensiver und extensiver Betrieb der deutschen Landwirtschaft“. Die vortreffliche Arbeit ist längst im Buchhandel vergriffen. Ihre bleibenden Untersuchungen sind der oben angezeigten neuen Schrift, die mit den neuesten Zahlen und Daten arbeitet, zugrunde gelegt. Diese vereinigt, wie der Titel besagt und ein Blick ins Inhaltsverzeichnis lehrt, alles, was man zur Hand haben muß, wenn man sich über die deutsche Landwirtschaft ein Urteil bilden will. Wir pflichten dem Verfasser bei, der in der Einleitung sagt: „Die Verständnisslosigkeit und bittere Gegnerschaft gegen die Landwirtschaft, die man in weiten städtischen und industriellen Kreisen unseres Volkes antrifft, besteht nur darum, weil man in den weitesten Kreisen des Volkes von der Arbeit der Landwirtschaft und ihren Zielen und Ergebnissen zu meist gar keine Ahnung hat.“ Andererseits gibt es aber auch auf dem Lande nicht viele, die einen Gesamtüberblick über ihren eigenen Berufsstand sich zu verschaffen wissen. So dient das vorliegende Buch, das in unserer staatswissenschaftlichen Literatur einzig dasteht, der staatsbürgerlichen und volkswirtschaftlichen Aufklärung aller Berufs-kreise.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: „Schutz der Arbeitswilligen“ und „Verbot des Streikpostenstehens“. — Hornberger Schießübungen. — Weber, elend, Berliner“ und Bürgermeister. — „Unlauterer Wettbewerb“ und „Uebervorteilung der Verbraucher“ im Textilgewerbe. — Allgemeine Rundschau: „Die Jugend.“ — Christliche Gewerkschaften und Jugendbewegung. — Mit welchen schönen Mitteln — Hauswirtschaftliche Ausbildung der Arbeiterinnen. — Der vierte Verbandstag des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands. — Eine neue internationale Arbeiterschuttkonferenz. — Und Freude herrscht in Trojas Hallen...! — Sie wills nicht gelten lassen! — Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe. — Aus unserer Industrie: Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Mitglieder, Kauf „Berlepfich-Parten“! — Lohnbewegungen und Arbeits-freitigkeiten: Breyell. — Sommerfeld. — Aus unseren Bezirken: Arbeiterinnenagitation im Bezirk Aachen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Augsburg. — Bamberg. — Blombacherbach-Laaten. — Göttingen. — Fulda. — Jüngerbroich. — Jittersbach. — Marktredwitz. — Pfaffenrot. — Rheine. — Verlautenheide. — Wiersen. — Waffenberg. — Wehr. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Arbeitervertretertagungen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder,

agitiert für den Verband!